

Bezugspreis:
Einzelheft 15.- M., monatlich 15.- M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatsheft 15.- M., einjährig für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Danzig 25.- M., für
das übrige Ausland 32.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Himmels“ und der
Beilage „Siedlung und Ackerbau“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morinplatz 15195-97
Expedition Morinplatz 11753-54

Freitag, den 8. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Morinplatz 11753-54

Anzeigenpreis:

Die zeichnerische Kontrapostille
kostet 2.- M. „Kleine Anzeigen“
das letzte drucke Wort 3.- M. (un-
löslig zwei getrennte Worte), jedes
weitere Wort 1.50 M. Stellenanzeige
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort
1.- M. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Abmittenen 4.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Erweiterungsbeitrag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 5 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Kapp widerspricht Jagow.

E. K. Leipzig, 8. Dezember.

Während die am Kapp-Putsch start beteiligten Zeugen, die heute vernommen wurden, offensichtlich stark mit ihrer Wissenschaft zurückhielten — eine geschicktere Verhandlungsleitung hätte wohl mehr aus ihnen herauszubringen vermocht — konnten die beschlagnahmten Dokumente eine ähnliche Zurückhaltung nicht üben. Ihre Verlesung brachte eine schwere Belastung der Angeklagten. Die Zahl der Dokumente ist groß, ihre Bedeutung sehr verschiedenartig, kriminalistisch, politisch und moralisch vernichtend für Jagow und seine Komplizen. Alsdann folgte die Verlesung zweier Briefe Kapps, die dem Angeklagten Schiele bei seiner Verhaftung abgenommen worden sind. Der eine Brief ist an den Grafen Westarp, den Herausgeber der „Kreuzzeitung“, gerichtet. Er widerlegt eine Fälschung des Generals von Lüttwih an die „Kreuzzeitung“, in der die Theorie aufgestellt war, der Kapp-Putsch habe nur die bedrohte Verfassung schützen wollen, was bekanntlich auch die Verteidigungstheorie der jetzigen Angeklagten ist. Kapp schlägt diese Theorie tot; würde er, Kapp, die Theorie annehmen, daß er die Verfassung habe schützen wollen, so würde er sich damit politisch und moralisch totmachen. Er habe seinen Schilde bisher blank gehalten, hinterher dürfe man sich nicht mit advokatorischen Winkelzügen herauswinden und mit Ausreden kommen.

Die Briefe lassen klar erkennen, daß Kapp sich absolut über den hochverräterischen Charakter seines Unternehmens klar ist und jede Ablehnung als verächtlich empfindet. Er wollte die Weimarer Verfassung umstürzen und drückt jetzt offenen Ekel vor seinen Spiegelgesellen aus. Der Brief Kapps ist zwar direkt auf Lüttwih gemünzt, praktisch trifft er jedoch jetzt Jagow und Genossen, indem er die abtrünnige Heuchelei ihres Verteidigungssystems aufdeckt.

Kapp schreibt: Wenn er sich selber vor Gericht stelle, so müsse er durch seine Verteidigung seine Freunde bloßstellen. Mit Lügen wolle er sich nicht verteidigen, deshalb könne er sich dem Gericht nicht stellen. Die Entlastung der am Unternehmen Beteiligten sei Nebenfrage gegenüber der Forderung, den Sinn des Unternehmens hinterher nicht umzufälschen. Das heißt: Jagow, Schiele und Wangenheim gebrauchten faule Ausreden; sie ehrlich und steht zu Eurer Sache! Ob die Ermahnung des flüchtigen Führers nützen wird?

Doch Kapp hat noch weitere Ursachen zum Zorn. Furchtbar schimpft er über die „Lauheit und feige Verräterei der Generäle und der hohen Bürokratie“. Die Generäle hätten ihn im Stich gelassen, hätten verhandelt, statt zu handeln. Auch den braven Ehrhardt hätten sie vor dem entscheidenden Schlag ein paar Stunden wankend gemacht und aufgehalten. So habe die Regierung fliehen können, deren Verhaftung in der Nacht zum 13. März beabsichtigt war. In diesem Zusammenhang verdient der gleichfalls verlesene Putschplan Beachtung, den der flüchtige Dr. Schnitzler schon im September 1919 entworfen hat und der teilweise genau befolgt worden ist. Genau ist alles verzeichnet, was zwei Tage, was einen Tag, was in der Nacht vor dem großen Schlag geschehen sollte. Nachts zwischen 1 und 6 Uhr sollte die Verhaftung Eberts und der Regierung und die Einsetzung Kapps zum Reichskanzler erfolgen. Das war schon im September geplant. An dem Zögern Ehrhardts scheiterte die Verhaftung und nach Kapps Ausführungen ist daran die ganze Sache zugrunde gegangen, denn um die alte Regierung scharten sich jetzt alle Widerstände.

Kapp befähigt damit, wie recht die Reichsregierung tat, sich nicht verhaften zu lassen, sondern ihren Sitz zu verlegen. Ein Tagebuch Schnitzlers wird verlesen, das inmitten aller möglichen Verschönerungsversuchen immer wieder den Namen Ludendorff nennt. Auch Briefe Schieles werden verlesen, der plötzlich so gedächtnisschwach wird, daß er sich weder an den Adressaten, noch an den Inhalt erinnert. Schiele, der überhaupt an der Schreibmüt leidet, hatte bei seiner Verhaftung sogar schon eine Verteidigungsrede fertig und fertig bei sich. Sie schließt mit der Bitte, ihn nur zu Festungshaft, aber nicht zu Zuchthaus zu verurteilen. Das sieht nicht wie das Gefühl der Unschuld aus.

Im allgemeinen bedeutet die Verlesung der Dokumente eine schwere Niederlage der Angeklagten. Man gewinnt Einblick in ihre monatelange Verschwörerarbeit. Daneben offenbaren die Schriftstücke auch, welche blutigen Diktanten auf politischem Gebiet die Leute waren, die sich hier eine Führerrolle anmaßten. Aber auch sehr konkrete Dinge enthüllen sich. In einem Briefe an Oberst Bauer schreibt z. B. Schnitzler: „Unser Ziel ist doch, unserem Kronprinzen seinen Thron zurückzugewinnen.“ Das hinderte später die Kapp-Regierung nicht, die Behauptung von monarchistischen Zielen als Lüge hinzustellen. An anderer Stelle bezeichnet Schnitzler als sein Ziel die Wiederherstellung der Reichs-

verfassung, wie sie vor der Revolution war. Das ist der Putsch zum Schutze der Verfassung!

Nach der Vernehmung der Zeugen Frey Grabowski (dessen Aussage schon im gestrigen Abendblatt gewürdigt ist) und Dr. Frone, der Wesentliches kaum bekennt, folgte die Verlesung von Kapp-Lüttwihens Regierungserlassen. Dazu erklärt von Jagow, daß ihm diese Schriftstücke ebensovienig bekannt seien, wie Herr Schnitzler selbst, dessen Aktionsprogramm nur die Privatarbeit eines Phantasten sei. Die beiden anderen Angeklagten erklären gleichfalls, dieses Programm nicht zu kennen. Es folgt die Verlesung eines Erlasses von Kapp und Lüttwih, der den Militärbehörden aufträgt, sich die Gewalt anzueignen

und die Regierungen der Einzelstaaten für die neue Ordnung zu gewinnen.

v. Jagow glaubt, er habe nur nach flüchtiger Einsichtnahme die ihn durch Unterstaatssekretär Döner vorgelegten Schriftstücke unterzeichnet.

Ein Kapp-Erlass handelt von der Inhaftnahme der Regierungen in den beiden Reichsbürgern und von der Entlassung der dortigen Sipo. Zur Verordnung vom 15. März (Lebensstrafe denjenigen, die lebenswichtige Betriebe gefährden und Streikposten setzen) erklärt Schiele, er habe damit nichts zu tun gehabt. — In einem Erlass erludt Lüttwih, diejenigen Zeitungen zu verbieten, welche die Maßnahmen der „Regierung“ bekämpfen, und die Redaktionen festzusetzen.

Einige Erlasse v. Jagows

sprechen von der Abhebung von Regierungspräsidenten. In dem Tagebuch Schnitzlers findet sich eine Aufzeichnung vom 3. Juli 1919 über Maßnahmen, die auf einen künftigen Putsch hinweisen. Am 27. August 1919 verzeichnet Schnitzler, daß er bei Schiele gewesen sei. Am 29. August schreibt er, Wangenheim sei bei Döner und bei Lüttwih gewesen. Weitere Schnitzler-Schriftstücke beziehen sich auf militärische Maßnahmen gegen Streiks, auf die für einen Putsch vorgesehenen Maßnahmen, die

Festsetzung Eberts und Noskes, den Amtsantritt Kapps, Mitteilungen an die Entente und an die Bundesstaaten sollten dann gemacht werden. Nunmehr werden

Briefe Schieles

verlesen. Der erste ist an einen Herrn Schoppner gerichtet, gegen den zurzeit gleichfalls ein Verfahren wegen Hochverrat schwebt. Ein weiterer Brief an Schnitzler vom 1. März 1919 spricht von dem Verhältnis Hindenburgs zu Ludendorff und meint, das Volk liebe sentimentale Führer und glaube an die Freundschaft der beiden; vor einer kleinen Gefährdung (das Hindenburg den Hauptanteil an den Siegen gehabt habe) brauche man nicht zurückzuschrecken. Schließlich wird die Aufstellung freiwilliger Offizierskompagnien besprochen. Am 16. September 1919 hofft Schiele auf die treugebliebenen Heeresformationen. Eine

Diktatur der Mitte

sei bei einer Kompromißregierung unmöglich. Nur eine rein bürgerliche Diktatur werde Erfolg haben; eine Diktatur der Mitte führe nur zum Bolschewismus. — Schiele bemerkt hierzu, das sei ein Diktat von Schnitzler gewesen. Dieser Brief sei offenbar die Antwort auf einen Artikel von Erwin Barth in der „Blode“ gewesen. Schiele erklärt, daß Schnitzler diese Darlegungen für ihn diktiert habe, damit er sie in die Öffentlichkeit bringe.

Verlesen wird sodann der Entwurf einer neuen Reichsverfassung und eines Reichswirtschaftsramts. Ein Vermerk mit Notizfeld besagt, daß diese Schriftstücke auch Kapp, Schiele und Lüttwih überreicht worden seien. In einem anderen Schriftstück sagt der Verfasser, es sei geplant, Amerika für die Wiederherstellung einer konstitutionellen Monarchie zu interessieren. Jetzt sei die Zeit zum Handeln gekommen, zur Wiedererweckung der Hohenzollernherrschaft.

Der Verteidiger von Wangenheims beantragt hierzu den Außenminister a. D. Graf Brockdorff-Rantzau als Zeugen zu laden. Gerichtsbefehllich vorbehalten.

Der in der Einleitung dieses Berichts erwähnte

Brief Kapps

der anscheinend an den Grafen Westarp gerichtet und Schiele von befreundeter Hand zugehandelt worden ist, sagt, daß Hochverrat nicht in Frage kommen könne. Kapp erklärt, daß er davon Abstand nehmen werde, sich nach dem Mißlingen des Märzunternehmens den Gerichten zu stellen. Der Regierung Ebert könne er nicht das Recht zusprechen, über ihn abzuurteilen. Er müsse jetzt das Brot des Eris essen und werde von der Regierung Ebert keine Amnestie annehmen. Lüttwih habe leider schon am 10. März das geplante Unternehmen Ebert und Noske gegenüber angekündigt und darauf sei Lüttwih seines Amtes entbunden worden. Infolgedessen hätten seine (Kapps) Anordnungen, Ebert und die Reichsregierung in der Nacht zum 13. März zu verhaften, nicht ausgeführt werden können. Die zur Unfähigkeit verurteilte Truppe sei dann mihmutig geworden und das Unternehmen sei im Vorstadium steckengeblieben, ohne daß der Politiker zu Worte kommen konnte.

In einem Briefe vom 22. September 1920 sagt Kapp, ein tiefer Schmerz erlasse ihn, wenn er

sozial Feindschaft in Deutschland sehe. Eine politische Besserung liege noch in weiter Ferne.

(Schluß auf der 3. Seite.)

Zuckerknappheit und -Teuerung.

Entgegen den Warnungen der Sozialisten wurde die Zwangswirtschaft für Zucker mit der neuen Ernte aufgehoben. Die Märkte, die sich sofort am Zuckermarkt einstellen, sind bekannt. Der freie Handel verlagte eine Zeitlang vollkommen, der Zucker kostete selbst in verschiedenen Stadtgegenden verschiedene Preise. Allmählich beruhigte sich der Markt, aber immer noch ist der Zucker teuer, und es besteht auch keine Aussicht, daß er unter den jetzigen Kleinhandelspreis von rund 5 M. je Pfund hinuntergehen wird. Im Gegenteil, die Zuckerindustrie hat den Preis für Verbrauchszucker von 350 auf 500 M. je Zentner hinaufgesetzt.

Welche Gründe bestehen für die Verteuerung des Zuckers? Schon im letzten Jahre der Zwangswirtschaft sah man sich gezwungen, durch die Garantie hoher Mindestpreise dem Zuckerrübenanbau einen Anreiz zu bieten. Deutschland hatte vor dem Kriege noch Zucker ausgeführt, während später die Rübenanbauläche sich immer mehr verminderte, bis es auf Auslandszufuhren an Zucker angewiesen war. Die Preise für Zuckerrüben boten dem Landwirt geringere Gewinnaussichten bei diesem, einen hohen Aufwand von Arbeitskräften erfordernden Anbau, und so wandte sich die Landwirtschaft, die übrigens auch unter Mangel an Arbeitskräften litt, in erhöhtem Maße anderen Feldfrüchten zu. Das war auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand. Die Preise der Zuckerrüben mußten auf eine Höhe gebracht werden, die der Ernteeinlösung der übrigen Preise für Agrarprodukte entsprach. So konnte die Anbauläche im letzten Jahr um 22 Proz. gesteigert werden. Unter der Zwangswirtschaft erfolgte die Festsetzung der Preise durch die Behörden. Jetzt geschieht das durch die Erzeugerorganisationen der Landwirtschaft und der Zuckerindustrie, die zu diesem Zweck — der Garantie von angemessenen Preisen für Zuckerrüben — eine eigene „Wirtschaftsstelle“ gegründet hat. Daß diese Stelle, die eine eigens zur Hochhaltung der Preise gegründete Organisation ist, für „ausreichende“ Gewinne der Beteiligten sorgt, versteht sich von selbst.

Alles das aber erklärt nicht den Preisaufschlag, der sich am Zuckermarkt abgespielt hat, es erklärt auch nicht die große Knappheit an Verbrauchszucker, die noch vielerorts herrscht. Im Gegenteil, die Preise sind infolge der Sperre von Ein- und Ausfuhr hinter den Weltmarktpreis erheblich zurückgefallen.

Die vielgerühmte freie Wirtschaft, das Dogma der Manchesterer Männer, mußte durchgekehrt werden. Allen Warnungen zum Trotz hatten die Fachmänner vergessen, daß es auch einmal so etwas wie eine Missernte geben konnte. So hob man nicht nur die Zwangswirtschaft auf, man verteilte noch schnell im August und September die für den Oktober zurückgestellte Ration, und zwar auch auf Anraten der Produzenten. Als dann infolge der großen Dürre sich die Rübenenernte verzögerte, war im Oktober kein Zucker da. Infolge der Trockenheit versagten die Wasserstraßen, der Mangel an Waggons, der bisher noch jeden Herbst vorausgesagt und eingetroffen war, war natürlich auch diesmal, wo er sich infolge des Versagens der Wasserstraßen bedeutend stärker fühlbar machen mußte, nicht erwartet worden! So wurde die Belieferung des Marktes stockend, mangelhaft und ungleichmäßig.

Die Zuckerwirtschaftsstelle lehnt für alle diese Vorgänge die Verantwortung ab; sie befreit, daß der Zucker absichtlich zurückgehalten wurde. Gibt man das letztere selbst zu, so muß man doch stöhnen, wie leicht die Unternehmer ihr eigenes „fachmännisches“ Urteil preisgeben, indem sie sich für die Uebergangsschwierigkeiten nicht verantwortlich erklären. Sie hätten doch die einfache Bauernregel, daß man dem Wetter nicht trauen darf, kennen müssen, selbst wenn das Reichs Ernährungsministerium sie vergessen hatte. Sie hätten für Uebergangsschwierigkeiten vorsorgen und verhindern müssen, daß die Bestände der letzten Ernte vorzeitig verteilt wurden. Die diesjährige Zuckerernte selbst ist besser als die vorjährige. Man erwartet dieses Jahr 22,5 Millionen Zentner Weißzucker, wovon anfangs 1/3, später 1/2 für den Verkauf freigegeben, fast vollständig verkauft, aber infolge des Wagenmangels längst noch nicht abtransportiert sind. Man sollte nun annehmen, daß genug Zucker auf den Markt kommt. Aber selbst wenn das inzwischen bedeutend erweiterte Verteilungsprogramm durchgeführt wäre — man will trotz berechtigter Bedenken in den ersten 5 Monaten fast die Hälfte der gesamten Jahresproduktion auf den Markt bringen — wäre es immer noch verständlich, daß diese Preissteigerungen möglich wurden. Die Menge an Verbrauchszucker, die selbst nach Durchführung des geplanten Verteilungsprogramms zur Verfügung steht, beträgt etwa 4 Pfund pro Kopf und Monat, ist also auf die Dauer ausreichend; sie war in den ersten Monaten viel geringer. Ein erheblicher, nicht einmal den Produzenten genau bekannter Teil wurde von der Schokoladenindustrie, der Normmeladenfabrikation usw. aufgenommen. Da aber nach Aufhebung der Zwangswirtschaft für den Verbraucher ein ganz natürlicher Anreiz vorhanden war, den lange zurückgehaltenen Zuckerverbrauch zu steigern, ist der Wirrwarr, der vielen Schiebern hochwillkommen war, ohne

weitere Erklärung. Vereinzelt ist die Wirtschaftsstelle, die sonst keine Verteilungsaufgaben hat, vermittelnd eingeschritten, indem sie an den Handel größere Mengen abgab, der sie dann unter Markenkontrolle weiter verteilte. Warum man nicht sofort nach der Freigabe vor allem die Verbraucher-gemeinschaften beliefert hat, die die beste Gewähr für eine gleichmäßige Verteilung an die arbeitenden Massen übernehmen konnten, ist ein Rätsel, das zu lösen den Funktionären des freien Handels überlassen bleiben muß.

Eine weitere Verteuerung des Zuckers scheint unabwendbar, wenn man nicht die eben erzielte Produktionssteigerung aufs Spiel setzen will. Es ist Sache des Reichsernährungsministeriums, dafür zu sorgen, daß diese Preis-erhöhung nicht ungerechtfertigte Gewinne der Landwirtschaft und Industrie bringt. Gegen begründete Preissteigerungen helfen nun einmal keine Proteste. Was aber unter allen Umständen verhindert werden mußte, das ist der unglaubliche Zustand, daß Produzenten und Handel sich um die Verantwortung drücken, die sie mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft übernommen haben. Die Zwangswirtschaft selbst wird kaum mehr wiederherzustellen sein, nachdem man sie überstürzt beseitigt hat. Dann aber haben besonders die Produzenten die Pflicht, durch Lieferungsverträge mit den Verbraucherorganisationen, durch Aufstellung von Richtpreisen und ähnliche Maßnahmen dafür zu sorgen, daß nicht bei Stockungen der Versorgung schamloser Wucher da Platz greift, wo die breiten Massen ohnehin der Ausbeutung durch das Produktionskapital ausgesetzt sind. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Daß bei Preisen, die selbst den gewöhnlichen Agrariern „angemessen“ scheinen, nicht einmal genug Ware den Verbrauchern zugeführt wird, daß Schiebertum und Hamsterei blühen wie je sonst, fällt letzten Endes doch auf die Produzenten zurück, die ihre Organisation nicht nur der Hochhaltung der Preise, sondern auch der gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung dienlich machen sollten!

Die Situation bei der Hochbahn.

Um den Streit zu vermeiden, hat der Verkehrsverband das Reichsarbeitsministerium angerufen, das jedoch unter Berufung auf die Ablehnung der durch eine Vermittlung getroffenen Vereinbarung es ablehnte, erneut einzugreifen. Aber auch die Direktion der Hochbahngesellschaft, der am meisten daran gelegen sein dürfte, dem Streit durch einiglos Entgegenkommen vorzubeugen, hat versagt. Es lag in ihrer Macht, durch eine bessere Anpassung der Löhne und Gehälter ihrer Angestellten an die gegenwärtigen Lebensmittelpreise den Streit zu verhindern. Wenn sie schon auf das Publikum dabei keine Rücksicht nimmt, wäre anzunehmen, daß sie mit Rücksicht auf den gewaltigen Ausfall an Einnahmen alle Anstrengungen machte, um sich mit ihrem Personal zu einigen, nachdem sie ihre Fahrpreise beträchtlich erhöht hat. Sie lehnt jedoch alle Verhandlungen mit dem Hinweis ab, daß sie den Streitfall dem zuständigen Arbeitgeberverband unterbreitet habe. Da die Herren genau wußten, daß werst nicht noch am Donnerstag irgendein gangbarer Weg zur Verständigung gefunden werden konnte, der Streit heute einsetzt. Ist das nichts weiter als eine Ausrede. Denn auch bei der ihr genehmten Vereinbarung hat der Arbeitgeberverband nicht mitgewirkt.

Der Schlichtungsausschuß hat von Amts wegen in den Streit eingegriffen und sich seinerseits an das Reichsarbeitsministerium um nachmalige Vermittlung gewandt.

Eine Funktionärerversammlung beschloß gestern Abend mit der Situation. Ob sie zu dem Beschluß kommt, den Beginn des Streiks zu vertagen oder aber ihn sofort beginnen zu lassen, war bis Redaktionsschluss nicht zu erfahren.

Zensurverbot. Das „Reiter Tagesblatt“ wurde von der Polizeiverwaltung in Reihe bis einschließlich 10. Dezember verboten mit der Begründung, die Rede des Dr. Kleinert auf dem deutschen Parteitag wiederzugeben zu haben, in der die Regierung scharf angegriffen und beschuldigt wird, daß sie die Geschäfte der feindlichen Regierungen besorge.

Aus Irlands Kampfzeit.

Nach Jahrhunderte langer Unterdrückung hat Irland, groß im Leiden wie im Kampfen, endlich triumphiert. Sein Mut, seine Ausdauer und Hartnäckigkeit sind fast beispiellos in der Geschichte. Und in den Tagen seines Sieges geizt es sich, der heroischen Vergangenheit zu gedenken.

Die Kämpfe der Iren um ihre Selbständigkeit sind ebenso alt wie das Bestreben Englands nach der unbeschränkten Herrschaft über diese Insel. Den ersten verhängnisvollen Angriff auf Irland unternahm England um die Mitte des 12. Jahrhunderts. Der Papst Hadrian 17. hatte Heinrich II. von England mit der Oberherrschaft über Irland betraut. Dieser fand aber den Widerstand der eingeseffenen Fürsten und zog selbst zur Unterwerfung der Iren mit seiner Heere aus. Nach der Einnahme von Dublin erklärte er sich zum Alleinherrscher über Irland. Seine erste Tat war, daß er die irische Stammesverfassung aufhob, das Lebenswesen einführte und reiche Lehen an englische Adlige vergab.

Die Bemühungen der Iren, sich von der Fremdherrschaft zu befreien, ruhnten nicht mehr. In diesem Bestreben boten sie lieber dem König von Schottland die Krone an, der aber in der entscheidenden Schlacht gegen die Engländer unterlag. Heinrich VIII. nahm 1542 den Titel eines Königs von Irland an; als er aber die Iren mit der englischen Kirchenverfassung beglücken wollte, stieß er auf entschiedenen Widerstand und fügte zu der politischen auch noch die religiöse Feindschaft. Der tiefe Zwiespalt wurde von den interessierten Staaten benutzt, ihre eigenen Bestrebungen gegen England durchzusetzen, und der Papst suchte mit seinem Einfluß auf Irland seinen Plan einer Welt Herrschaft zu stützen. Bei dem neuerlichen Versuch vom Jahre 1600, die englischen Kirchengesetze einzuführen, kam es wieder zu Aufständen. Die Befreiung mihlang, und sie glückte auch nicht, als 1598 die Engländer eine entscheidende Niederlage erlitten. Am 24. Dezember 1601 wurden die vereinten Irländer und Spanier geschlagen.

Immer neue Konstellationen von Land steigerten die Erbitterung nur noch mehr, englische Kolonisten gründeten Städte und Ortschaften, neue Auffände brachen aus, das englische Parlament konfisziierte weitere 2 1/2 Millionen Morgen Land, und es begann ein furchtbares Gemetzel im Lande. Mehr als eine halbe Million Menschen kamen um, gegen 100 000 wurden verbrannt, zehntausende wanderten aus. Aber trotzdem sollten die Iren wieder die Oberhand gewinnen. 1689 tagte ein irisches Parlament, das 2400 englische Grundbesitzer wieder entsetzte. England aber unterwarf sich die Insel von neuem. 1800 Iren gingen ins Ausland, eine Million Morgen Grundbesitz wurde konfisziiert und an Protestanten verteilt, der katholische Unterricht wurde verboten, die Katholiken von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, Mischehen unterlag und den Katholiken sogar 1727 das Wahlrecht genommen. Eine besondere Zollelast bedrückte Ackerbau und Viehzucht und verbündete das Erblichen einer irischen Industrie. Seit dieser Zeit war in Irland der Boden bereitet für Geheimverbindungen, die eine Art Feinde bildeten und blutige Rache nahmen.

Die Grausamkeiten der Engländer erfuhren nachher einige Milderungen. Während des englisch-amerikanischen Krieges drohte Frankreich, in Irland einzufallen. Jetzt wurde den Katholiken ge-

Erhöhung der Postgebühren.

Der Reichsrat hielt gestern Abend unter dem Vorsitz des Reichspostministers Wiesner eine Sitzung ab, in deren erster Linie die endgültige Festlegung des neuen Ortsklassenverzeichnisses für die Beamtenbefoldung beschlossen wurde. Mit Rücksicht darauf, daß das Ortsklassenverzeichnis schleunigst Geseh werden soll, damit die Beamten noch vor Weihnachten in den Genuss der erhöhten Bezüge und der Nachzahlungen kommen können, sah der Reichsrat von einer Beratung der vielen Einzelwünsche ab. Er will aber die Vorlage zurückfordern, falls der Reichstag durch Einzelberatung die Absicht der schnellen Auszahlung der erhöhten Bezüge illusorisch macht.

Der Reichsrat genehmigte sodann die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Neuregelung der Zulagen bei der Unfallversicherung. Es soll den Unfallverletzten mit einer Beschädigung von mehr als 50 Proz. eine Erhöhung ihrer Bezüge gewährt werden, und zwar dadurch, daß man den Betrag des Jahresarbeitsverdienstes für gewerbliche Betriebe auf 9000 M., für die Landwirtschaft auf 4500 M. festsetzt. Gleichzeitig soll aber auch der Zwang zur Abfindung verschärft werden, indem bis zu 30 Proz. der Vollrente der Verletzte auch ohne seine Zustimmung abgefunden werden kann. Mit 34 gegen 27 Stimmen wurde noch ein Zusatzantrag Baperns angenommen, der solche Rentempfänger von der Zulage ausnehmen will, bei denen keine Bedürftigkeit vorliegt. Der Antrag charakterisiert wieder einmal trefflich die Rücksichtslosigkeit Baperns, das füglich — als von anderer Seite beantragt wurde, bei den hohen Beamtengehältern gewisse private Nebenbezüge (Tantiemen usw.) anzurechnen — in energische Kompensation dagegen aufzutreten war. Der Reichstag dürfte schwerlich den Spuren Baperns folgen. Der schon in der Presse vielfach besprochene Gesetzentwurf über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln, der dem wilden Devisenhandel beugegen soll, wurde gestern ebenfalls vom Reichsrat verabschiedet. Den Mittelpunkt des Interesses der gestrigen Sitzung bildeten die Vorlagen über die Erhöhungen der Post- und Telegraphengebühren. Es ist geplant, das Porto ab 1. Januar 1922 in folgender Weise zu erhöhen: Briefe im Ortsverkehr 1 Pf., im Fernverkehr 1,50 M., Postkarten im Ortsverkehr 60 Pf., im Fernverkehr 1 M., Rädchen 4 M., Pakete 5 M., bis 36 M. Telegramme, das Wort 75 Pf., bei einem Mindestbetrag von 7,50 M. für das Telegramm. Die Telegraphengebühren sollen um rund 80 Pf. der bisherigen Sätze erhöht werden. Diese neuen Erhöhungen sollen 5 1/2 Milliarden Mehrertrag bringen, also etwa eine Verdoppelung des bisherigen Gesamtaufkommens der Post. Trotzdem bleibt noch ein Defizit, so daß damit zu rechnen ist, daß in nächster Zeit eine weitere Erhöhung der Postgebühren folgen wird. Der Reichsrat genehmigte die Entwürfe über die neuen Gebühren, verlangte aber in einer Resolution energisch eine wirtschaftlichere Führung des Reichspostbetriebes.

Londoner Besprechungen Loucheur-Horne.

Paris, 8. Dezember. (WZ.) „Journal des Debats“ schreibt, offenbar halbamtlich beeinflusst: Gewissen Gerichten zufolge, die man für begründet zu halten Anlaß habe, hätten heute wichtige Unterredungen zwischen Minister Loucheur und dem englischen Schatzkanzler Horne stattgefunden, um das Terrain vorzubereiten für demnächstige interalliierte Konferenzen, auf denen die Reparationsfrage verhandelt werden solle. Die Londoner Besprechungen dienen dazu, einen Ausweg aus beiden entgegengesetzten Standpunkten zu bewerkstelligen, der denn auch nicht unwahrscheinlich sei. In der Tat wäre es möglich, daß den Finanzkreisen Frankreichs und Englands mit Hilfe verbundener Operationen eine Kombination des Anleihsystems mit einem kurzen Moratorium gelungen werde, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen und dabei gleichzeitig die Interessen Frankreichs ebenfalls zu wahren, wie es durch das Zählungsstatut geschehen wäre.

Amnestie in Irland.

London, 8. Dezember. (WZ.) Der König hat die Freilassung aller in Irland internierten politischen Gefangenen verordnet.

Die Ulster-Regierung ist gegenwärtig mit der Prüfung des Abkommens beschäftigt. In London glaubt man, daß sie ihrem Parlament dessen Annahme empfehlen wird.

stattet, Schulen zu unterhalten, Grundbesitz zu erwerben und ihren eigenen Kultus auszuüben. Nach der französischen Revolution bildete sich der Bund der vereinigten Irländer, der bald eine mächtige Organisation wurde. Von ihm wurde zum erstenmal die Forderung auf eine unabhängige irische Republik erhoben. Einen wohlorganisierten Aufstand konnte die englische Regierung mit bisher beispielloser Grausamkeit niederschlagen. Die Jahre 1845 und 1846 brachten Irland eine völlige Missernte und als Folge eine entsetzliche Hungersnot. Die Bevölkerung verminderte sich um fast zwei Millionen. In dieser Not zeigte wohl England das größte Entgegenkommen, aber der Haß brannte weiter.

Nach dem „tollen“ Jahre 1843 bildete sich das „Junge Irland“, ein Bund, der die gewalttätige Losreißung Irlands erstrebte und geheime Waffenübungen abhielt. Die offene Empörung wurde propagiert und ein Nationalkonvent einberufen. England antwortete mit grausamer Unterdrückung, Hinrichtungen und Deportationen. Die Cholera wütete, Tod und Auswanderung verminderten die Bevölkerung, der Haß Irlands aber erlag nicht. Die ausgewanderten Iren bildeten in Amerika den Hauptstamm der Bewegung. Von hier wurde ein neuer Aufstand vorbereitet, von dem aber die Regierung genau unterrichtet war. Die Iren kämpften mit außerordentlichen Mitteln. In London spranglen sie das Gefängnis in die Luft, um ihren Hauptführer zu befreien — ohne Erfolg. Endlich entschloß sich England zu einer anderen Taktik, gab Mittel zur Schaffung irischer Bauerngüter, gewährte das Wahlrecht, was den Kampf nunmehr in das Parlament verlegte.

Die nächsten Jahre wurden nun ausgefüllt durch parlamentarische Kämpfe. Als Irland ein eigenes irisches Parlament gewährt werden sollte, zerfiel die Einheitspartei der Iren. Die Protestanten von Ulster befürchteten die Unterdrückung durch die Katholiken, und der Gesetzentwurf kam zu Fall. Der Weltkrieg und seine Folgen haben das kämpfende Irland nun endlich ans Ziel geführt.

Die Meisterfänger in der Staatsoper. Die gestrige Meisterfänger-Aufführung in der Staatsoper war eine vollendete Kriegserklärung an das glückseligste, schönste, rührendste und seelenwollste deutsche Opernwerk. Wer den Geist des Werkes in sich wachhält, dem blutete das Herz. Wo blieb das deutsche Gemüt, wo die Stimmung? Liebhaber war selten verlangen und vertan. Eva, Walther Stotzing, David, Bedmeßer — man darf wirklich nicht zehn Jahre zurückdenken. Das Orchester unter Siederg laut, vorbrängend, scharf, metronomisch rhythmisiert. So blieben ein paar Schöngenen angenehm bemerkbar durch den aus Wien bemähten Alfred Jergler und durch den lug und schön singenden Bogner des Otto Heiler. Der Wiener Gast hat keine junge Stimme mehr, eher Paß als Bariton mit enger Höhe. Im Spiel ein würdevolles Wesen mit zarten Lichtern an Humor und von unaffektierter Größe. Eine gute, gerade Leistung an Charakteristik und Einzelklang. Aber es hätte sollen ein Erlebnis sein.

Im Herzen Chinas. Das Reisen ist uns Deutschen gründlich verleidet, vom Handwerksburschen bis zum Forschungsreisenden ist uns die Welt veripert. Und die Reisen der Schieber könnte man im allgemeinen Interesses verdröten. Unsere Sehnsucht in die Fremde ist jedoch die alte geblieben und so ist es dankenswert, daß

Smeets enthastet.

Köln, 8. Dezember. (WZ.) Wie wir schon erfahren, ist Smeets, der wegen Nichterscheinens vor Gericht in Haft genommen worden war, auf Anordnung der Interalliierten Rheinlandkommission wieder aus der Haft entlassen worden. Nach den heute vorliegenden Nachrichten aus Paris liegt es außer Zweifel, daß dies auf Veranlassung von Paris aus geschehen ist. Aus der bisher üblichen Handhabung des Rheinlandabkommens durch die Befehlshaber wird man schon bekannt, daß jeder Hochverrat gegen deutsche strafrechtliche Verfolgung in Schutz genommen wird. Die Interalliierte Kommission begründet ihren Roten vor dem Pariser Bloc national damit, daß es sich bei der Verhaftung des Smeets um Mächenschaften der preussischen Polizei handle.

Die Verhandlung gegen Smeets wegen Beleidigung durch die Presse soll heute, Freitag, in Köln stattfinden.

Vorbereitungen über die Grenzregelung.

Brüssel, 8. Dezember. (WZ.) Heute vormittag 11 Uhr traten die sämtlichen Mitglieder der deutschen Delegation zu einer Vorbereitungsversammlung, bei der Reichsminister a. D. Schiffer eine eingehende Darstellung aller für die morgen beginnenden Verhandlungen zur Debatte stehenden Fragen gab. Bei der Aussprache kam der einmütige Wunsch zum Ausdruck, daß seitens der Kommission der größte Wert auf die Mitarbeit aller Schichten der ober-schlesischen Bevölkerung gelegt wird.

Ein neuer Regierungspräsident für Oberschlesien. Wie die PPR an zuständiger Stelle hören, hat das Preussische Staatsministerium den kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien und gleichzeitigen Regierungspräsidenten in Oppeln Witts unter Verletzung in seinem Amt als kommissarischer Oberpräsident von den Geschäften des Regierungspräsidenten entbunden und dem bisherigen Landrat des Kreises Lublitz, Geh. Regierungsrat Grauwiler, kommissarisch zum Präsidenten der Regierung in Oppeln bestellt.

Gespenssterseher in Paris.

Paris, 8. Dezember. (WZ.) In der Nachmittagsitzung der französischen Kammer, in der das Kriegsbudget durchberaten wurde, ergriff André Lefevre das Wort zu einer heftigen Anklagerede gegen Deutschland. Er habe ehemals erklärt, daß Deutschland die Mobilisierung von sieben Millionen Mann vorbereite. Diese Ziffer sei von Briand in Washington aufgeföhrt worden. Das hätte gar nicht anders sein können, weil sie der Wahrheit entspreche. Jenseits des Rheins sei die Mobilisierung von 7 Millionen Mann vorbereitet. Die Zahl habe sich übrigens seither vergrößert. Lefevre verliest die Liste sämtlicher sogenannten geheimen Organisationen und beschwert sich darüber, daß der Friedensvertrag die Kasernengebäude in Deutschland habe bestehen lassen. Die Reichswehr sei im Falle der Mobilisierung nicht dazu bestimmt, sofort einzugreifen, sie werde sich verteilten, um die nötigen Kadres für alle die freigewordenen Korps zu liefern, die in Deutschland vorhanden seien, wie sie zu den Zeiten des 30-jährigen Krieges bestanden hätten. Die Ausmarschlinie sei jetzt hinter dem Schwarzwald, und von Stuttgart nach der Schweiz seien die Linien verdoppelt worden. Deutschland führe bedeutende Arbeiten aus. Man bereite eine Mobilisierung und Konzentration vor. Die vielen Menschen hätten auch Waffen, die man allmählich entdecke. Die Kommission Rockefeller entscheide von Zeit zu Zeit Waffen- und Munitionslager. Lefevre erzählt die Geschichte von dem Jagdkarabiner, der in 30 Minuten in ein Infanteriegewehr umgewandelt werden könne. Er erwähnt die Anklageartikel der „Times“ sowie ferner die Kanonenrohrfunde in Sachsen. Die großen Kanonen Modell 77 habe man nicht entdeckt. Das deutsche Heer habe sogar ein Reglement veröffentlicht, dem ein Vorwort des Generals von Seekt beigegeben sei. Darin werde gesagt, daß das Heer alle die Mittel besitzen müsse, die die deutsche Armee vor dem Waffenstillstand besessen habe, damit sie zur Offensive schreiten könne. General von Seekt schreibe also offiziell, daß das deutsche Heer sich für eine Offensive mit allen modernen Mitteln vorbereite.

die „Uranla“ über fremde Länder und Sitten Vorträge halten läßt. Einem Vortrag über Indien, der wesentlich nur Sehenswürdigkeiten und Landschaftsbilder brachte, ist jetzt ein Bericht über eine Reise ins Innere Chinas geföhrt, die Prof. Georg Wegener er allerdings bereits vor dem Kriege unternahm. Der Geograph, der durch seine Schilderung einer Weltreise auch in weiteren Kreisen bekannt geworden ist, hatte sich in dem unermeßlichen Reich ein Gebiet erwählt, das seit langem nicht mehr von Europäern berührt war. Seine Erinnerungen, durch zahlreiche eigene Aufnahmen belebt, gelten der zentral gelegenen Provinz Kiang-si. Von Shanghai ging die Reise den Flußlauf des Yang-tse-kiang hinauf, dann durch dessen Nebenfluß Kank, in das Gebiet, das halb so groß ist wie Preußen. Man hörte von interessanten Seen, die zehnfach so groß sind wie der Bodensee und im Winter fast verschwinden. Romantische Gebirgslandschaften, materische Städtebilder zogen an uns vorüber. Wir wurden Zeugen eines Empfanges bei einem Mandarin und der merkwürdigen Etiquette, die dabei inszeniert wurde. In die engen dämmerigen Straßen der Hauptstadt Kantschang mit ihren 300 000 Einwohnern schauten wir, freuten uns über die sorgfamen Bauart der Häuser und des bunten wimmelnden Straßenbildes. Das Reisen auf dem Rade muß in der Sänfte, zu Fuß oder auf dem Schiefbaren erjotet, weil die Wege für den Wagenverkehr zu schmal sind. Großartig ist die landwirtschaftliche Ausnutzung des Bodens, besonders der Reisbau wurde anschaulich vorgeführt. Das Wichtigste für den nicht geographisch interessierten Zuhörer war der Einblick in das chinesische Leben, von dem man lieber noch mehr gehört hätte. Der europäische Hochmut verhindert uns meistens, die großen technischen kulturellen und künstlerischen Leistungen dieses alten Volkes richtig einzuschätzen. Prof. Wegener überzeuge uns durch Bild und Wort von deren Bedeutung und von dem lebenswürdigen Charakter des Volkes, von der Schönheit seiner Landschaften, und man vermisse nur einige Hinweise auf die soziale Organisation, die ja gerade in China bedeutende Reste einer früheren Stufe aufweist.

Die Reichsbruderkasse. Die von der Reichsbruderkasse mit holländischer Technik reproduzierten grabsteinen Kunstblätter, die den Meisterfänger des älteren Kupferstichs, der Malierung, des Holzschnitts zu Bildern Weilen darbieten, sind in der Buchhandlung Vorwärts vorrätig. Als Wandbild und Wandentwurf eignen sie sich vorzüglich zu Weihnachtsgeschenken.

Reichspräsident und Volksooper. Der Reichspräsident hat sich bereit erklärt, die Bestimmung der Volksooper, der Bevölkerung Berlins eine lebenswürdige Volksooper höher künstlerischer Stellung und breiterer Volkstümlichkeit zu schaffen, zu fördern und den Ehrenvorsitz in einem Ausschuss für einen Aufsatz abzunehmen.

In der Volksooper sind als nächste Gastausführungen in Vorbereitung: „Der jahrende Schüler bannet den Teufel“ von Hans Sachs und „Der goldene Kater“ von Ludwig Tieck. Regie: Jürgen Fehling.

Der Berliner Volkstheater veranstaltet am Sonntag, den 11. Dez. 7 Uhr, in der Singakademie einen romantischen Abend unter Mitwirkung von Leonid Kreutzer (Klavier) und dem A-cappella-Chor des Berliner Volkstheaters.

Im Neuen Theater am Zoo wird mit einem größtenteils neuen Ensemble als nächste Komödie „Annette“ von Hedder Tagger in Szene gehen. Der junge Dichter kommt damit zum ersten Male auf einer Berliner Bühne zum Wort.

Der Kappistenprozess.

(Schluß von der 1. Seite.)

In dem Briefe Kapps heißt es weiter: Die Zeit sei noch nicht reif gewesen, insofern treffe die Märzaktion eine gewisse Schuld. Die Märzaktion sei andererseits viel zu spät gekommen. Sie hätte viel früher kommen müssen. Ein Armeekorps würde genügt haben, den Erfolg zu verbürgen. Es wäre richtiger gewesen, diese Bewegung von der Provinz ausgehen zu lassen. Seit der Abtrennung Ostpreußens vom Mutterlande sei eine nationale Erneuerung von dort aus unmöglich. Erst nach Wiederaufrichtung Rußlands könne daran gedacht werden. Er bedauert dann, daß ihm nicht am Tage vor dem Ausschlag des Militärs Mitteilungen davon gemacht seien. Deshalb habe er die notwendigen politischen Vorbereitungen nicht treffen können. Ein „Jurist“ habe es aber am 13. März nicht mehr gegeben.

Schiele erklärt, daß dieser Brief dem andern Kappischen Brief an Bestarp beigelegen habe.

In dem Entwurf eines Briefes Schieles, dessen Empfänger er nicht nennen will, sagt er, er wolle sich vom Reichsgericht die Frage beantworten lassen, was seit dem 9. November 1918 denn eigentlich als Hochverrat anzusehen sei.

Schiele sagt weiter, für ihn habe das Unternehmen am 12. März begonnen, als er den Besuch Kapps erhielt. Wenn von seiner Teilnehmerhaft die Rede sei, so sei das dieselbe, wie sie viele Tausende gepflegt haben. Eine Führerschaft läme für ihn wenigstens nicht in Betracht.

In einem Briefe des verstorbenen Herrn von Kessel-Oberglaube vom 21. März 1920 an die Staatsanwaltschaft in Breslau wendet sich dieser gegen die ihm angeordnete Verhaftung und bezieht sich darauf, daß von Jagow ihn ersucht hatte, das Amt eines Oberpräsidenten von Schlesien zeitweise zu übernehmen. Die Aufforderung sei ihm von Jagow, der als Innenminister unterzeichnet habe, durch Telegramm vom 14. März zugegangen.

Von Jagow bestreitet mit der Ernennung von Kessels etwas zu tun gehabt zu haben, denn schon am 13. März seien in Breslau Anschläge mit der Unterschrift Kessels erfolgt. Kessel sei offenbar von Kapp ernannt worden. Von Jagow habe weder Herrn von Kessel die Stelle des Oberpräsidenten noch Herrn von Großmann die des Regierungspräsidenten in Breslau angeboten.

Auf Antrag des Verteidigers von Wangenheim werden eine Reihe von Verordnungen der Kapp-Regierung über Ernährungs- und Versorgungsangelegenheiten in dem von der Kapp-Regierung herausgegebenen Berliner Nachrichtenblatt, sowie ein Aufruf Kapps an die Landwirte, die Ernährung der Städte zu sichern.

Von Wangenheim gibt zu, letzteren Aufruf gekannt zu haben, bestreitet aber, dabei mitgewirkt zu haben. Ihm sei alles darauf angekommen, die Ernährung des Volkes zu sichern.

Schließlich wird auf Antrag der Verteidigung der

Auftrag zum Generalsireif

verlesen, der von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Reichsregierung unterzeichnet war. Der Verteidiger bemerkt dazu, es bestehe das Gerücht, daß die Namen einiger Unterzeichner von dem damaligen Presseschef Raucher gefälscht worden seien.

Weiterverhandlung: Freitag vormittag 9 Uhr. Es sind 20 Zeugen geladen, darunter Ludendorff.

Nürnberg-Fürther Vereinigungsstreben.

Nürnberg, 8. Dezember. (B.Z.) Der Stadtrat hat Mittwoch abend in einer außerordentlichen Sitzung nach einem Referat des Bürgermeisters Luppe und nach lebhafter Aussprache aus wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und finanziellen Erwägungen mit allen gegen drei Stimmen sich grundsätzlich für eine baldige Vereinigung der beiden Städte Nürnberg und Fürth ausgesprochen.

Ein Notschrei der republikanischen Richter.

Man schreibt uns: Als „eine dreifache Verhöhnung des demokratischen Staates“ bezeichnete Kammergerichtsrat Wolff in einer vom demokratischen Jugendverein einberufenen Versammlung die Personalpolitik des preussischen Justizministeriums. Vorher hatte der demokratische Abgeordnete Dr. Berndt in einem längeren Vortrag über „Richter und Republik“ an zahlreichen Beispielen gezeigt, daß die Mehrheit der Richter noch immer nicht bereit sei, pflichtgemäß in derselben Weise wie das Straf- und Zivilrecht auch das neue Staats- und Verfassungsrecht anzunehmen, sondern daß in vielen Urteilsprüfungen die Hinneigung der Richter zum alten Regime in einer die Staatsautorität untergrabenden Weise zum Ausdruck komme. Es gehört heute noch für den Richter Mut dazu, sich Demokrat zu nennen. Nach der Revolution hätte ein republikanischer Personalreferent vielleicht noch hundert republikanische richterliche Beamte bringen können. Jetzt haben sich diese alle vertrieben, weil sie sich nicht dauernd dem Terror der reaktionären Vorgesetzten ausliefern wollen. Bei der Einführung des neuen Disziplinarrechts müßten die republikanischen Parteien wenigstens die Möglichkeit benutzen, als Disziplinarrichter nur solche Männer zu wählen, die zuverlässig auf dem Boden des neuen Staates stehen.

Die Untersuchung über Mitteldeutschland.

Im Untersuchungsausschuß des Landtags über die Märzunruhen in Mitteldeutschland wurde am Donnerstag unter dem Vorsitz des Abg. Reumann-Oppeln zunächst die Berichtserstattung über die Prozeßakten fortgesetzt. Dazu gehört das Attentat auf die Siegesgasse, die 66-Felderbrücke in Charlottenburg, das Eisenbahnattentat bei Baumgartenweg bei Berlin, das Attentat auf das Landgerichtsgebäude in Dresden u. a. Berichterstatter war Abg. Rehring (D. Vp.). Abg. Strunk (Soz.) fügt noch einen Bericht über die dramatische Erschießung eines Landjägers hinzu. — Abg. der der Abg. Frau Zellin abgenommenen Akten wurden an die Ausschussmitglieder verteilt. — Darauf wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Major Freiherr v. Wendi, Hauptmann Ramshorn und Oberleutnant Menzer berichten über die Geschehnisse bei Bischofsroda. Von standrechtlichen Erschießungen ist ihnen nichts bekannt. Oberleutnant Schlee: Von meiner Hundertschaft hat niemand den Konsumgüterhändler Straube in Quersfurt erschossen. Ich selbst habe Straube überhaupt nicht gesehen. Ueber die Erschießung des Arbeiters Peters vermag ich nichts auszusagen. Bei Kloster Ransfeld hat sich ein lebhaftes Gefecht abgespielt. Am Abend wurde mir der Amtsvorsteher Müller als derjenige bezeichnet, der uns in den Hinterhalt geleitet habe. Ich habe ihn festnehmen lassen und an die zuständige Stelle abgefertigt. Sogar Sozialdemokraten und auch unabhängige waren außerordentlich aufgebracht und haben mich wiederholt aufgefordert: Schieß doch die Schweine tot. (Hi) (Lach. Hört! Hört!) Abg. Christange (U. Soz.): Forderten Sie die Sie besitzenden Beamten auf, den Amtsvorsteher Müller zu verhaften? — Zeuge: Ich handle immer selbständig. Für Kampfhandlungen traue ich allein die Verantwortung. — Abg. Christange (U. Soz.): Zeugen befanden, daß Müller die Schießerei nicht veranlaßt hat, sondern daß er guten Glaubens gewesen ist. Sie sagen ferner, daß in Eisenbach Sozialisten, auch U.S.P.-Leute Sie um Schutz gebeten hätten.

Haben die Leute sich Ihnen als Sozialisten vorgestellt?

Zeuge: Die Leute haben zu mir gesagt: „Ich bin selber Angehöriger der Sozialdemokratischen Partei“, oder auch „Sozialist“ oder „Unabhängiger“. Die Zustände, die sie jetzt herrschen durch Holz, können wir nicht anerkennen.“ (Hört! Hört!) — Dr. Pfeil

befindet, daß die Postzeitruppen ihre eigene Ambulanz und Ärzte mit sich geführt haben. Mit dem Gefangenen hatte Zeuge nichts zu tun. — Abg. Heidenreich (D. Vp.): Würde von Ihnen verlangt, sich der Roten Armee zur Verfügung zu stellen? — Zeuge: Ja, indirekt.

Nächster Zeuge Oberleutnant von der Tann schildert zunächst eine Unterredung mit der Frau Schönmeyer, der er Fingerzeige und Empfehlungen mitgegeben hat, damit sie mit ihrem Mann zusammenkommen könne. Der einzige Beamte, der mich beschuldigt hat, die Gefangenen Schönmeyers veranlaßt zu haben, ein Unterwachmeister Lehmann, hat seine Aussagen zurückgezogen, da er bei Besichtigung des Gefängnisses nicht einmal das große Industrierock wiedererkannt hat. Dieser Lehmann hat mich beschuldigt, ich hätte durch eine Handbewegung den Befehl zur Erschießung erteilt, dabei waren wir eine Strecke von 20 Metern voneinander entfernt. Meine Verfolgung ist vom Gericht eingestellt worden, aber auf Grund meiner Namensnennung im Untersuchungsausschuß und der Presseerörterung bin ich aus dem Dienste entlassen worden. — Zeuge Oberleutnant Hussar sagt aus, daß die Beamten gegenüber den Gefangenen oft zur Zurückhaltung aufgefordert werden mußten. Beschwerden über Mißhandlungen sind weder mir, noch dem damals dort anwesenden Abg. Krüger zugegangen. Dem Hauptmann Rak sind von einem Neunzehnjährigen namens Goldstein und dessen Bruder mit einem Taschenmesser die Augen ausgestochen worden. (Lach. Bewegung.) — Abg. Dr. v. Drnander fragt den Zeugen, ob die Ausführungen des Abg. Kuttner in der „Sozialistischen Korrespondenz“ zu rechtfertigen seien, wonach die Beamten, da sie sich gegen die tatsächlichen Brutaltaten ihrer Vorgesetzten nicht wehren könnten, an wehrlosen Gefangenen sich rächen. — Zeuge: Diesen Vorwurf muß ich zurückweisen. — Die Abg. Scholich (Soz.) und Kellian (Komm.) erheben

Protest gegen eine derartige Zeugenvernehmung.

Zeuge Oberwachmeister Falsch: Die Gefangenen im Leunowert sind vom zweiten Tage an genügend mit Strohlager und Decken versehen worden. Oberpräsident Hörning habe gesagt: Je blutiger der erste Tag, desto unblutiger die folgenden. Trotzdem haben die Beamten nicht unnötig Blut fließen lassen. Der Vorsitzende fragt, wann Oberpräsident Hörning die Vernehmung getan hat. — Zeuge: Die Vernehmung soll im Gespräch mit dem Großen Kominski gefahren sein. — Zeuge Wachmeister Barteld aus Düsseldorf: Ich habe an den Kämpfen im Leunowert teilgenommen. Die Schupo ist den Gefangenen weitgehend durch Hergabe von Essen entgegengekommen. Gegen den Vorsitzenden Kuttner werde ich wegen des Artikels über die Ausschreitungen der Polizei Klage erheben. — Abg. Heilmann (Soz.) bittet den Zeugen um Aufklärung seiner Kameraden, daß der Untersuchungsausschuß lediglich die Aufgabe hat, bestimmte Vorgänge aufzuklären. Auch der Vorsitzende bringt das zum Ausdruck. — Zeuge Frisch befundet, daß er, wie andere Gefangene, in Halle von der Schupo mißhandelt worden ist. In einer Kaserne sind die Gefangenen mit Gummiknäulen geschlagen worden. Dem Vorsitzenden schlägt Berichterstatter Dr. Rehring (D. Vp.) dem Ausschuss vor, sich auf Stichproben zu beschränken. — Abg. Scholich (Soz.): Die umfangreiche Beweisaufnahme wäre nicht nötig, wenn nicht Abg. v. Drnander einseitige Anarisse gegen die Regierung in die Presse gebracht hätte. Weitere Zeugenvernehmungen sind unerlässlich. — Abg. Dr. v. Drnander erklärt, daß er den Veröffentlichungen fernstehe. — Der Ausschuss beschließt, von der Vernehmung weiterer Zeugen abzusehen. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr: Auswertung der Beweisaufnahme. Schluß 1/2 6 Uhr.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Die Beratung des Entwurfes eines

Arbeitsnachweisgesetzes

wird fortgesetzt. In der Einzelberatung des Arbeitsnachweisgesetzes begründet zu § 2 Hermann (Handwerksovertreter) einen Antrag, der den Handwerksorganisationen die Lehrstellenvermittlung erhalten will: Das deutsche Handwerk lehnt es ab, den Lehrling auf diesem Wege zum Arbeiter stampeln zu lassen. Ephraim (Arbeitgebervertreter) begründet einen weiteren Antrag, wonach die Arbeitsnachweise nicht obligatorisch, sondern fakultativ die Arbeitsvermittlung für Angestellte übernehmen können. Beide Anträge werden angenommen. Ein Antrag Umbreit-Kuhfänger verlangt, daß Stellengesuche und Angebote in Zeitungen nur aufgenommen werden dürfen, wenn sie den Sichtermerk des zuständigen Arbeitsnachweises tragen. Chiffrenrate dieser Art sollen verboten werden. — Die Abstimmung über den Antrag Umbreit wird zurückgestellt. In den Verwaltungsausschuß werden noch einem angenommenen Anträge auch Frauen aufgenommen. Nach längerer Debatte wird ein Antrag der Arbeitgeber und Städte angenommen, wonach die Dienstverhältnisse der Arbeitsnachweisangestellten vom Vorstand der Errichtungsgemeinde im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuß geregelt werden sollen. Die Angestellten und Beamten der bisherigen öffentlichen Arbeitsnachweise sind zunächst zu übernehmen. Angenommen wird der Antrag Dr. Thissen, wonach die nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise von Organisationen der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer durch den Reichsarbeitsminister auf die Arbeitsnachweisämter übergeführt werden können im Einvernehmen mit den Vereinigungen der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder auch unabhängig hiervon, wenn die Arbeitsnachweise den von Gesetz gestellten Ansprüchen nicht entsprechen.

Für einen Antrag Ströhlinger (Verband der Gastwirtegehilfen), der den Benutzungszwang für die Arbeitsnachweise einführen will, tritt Udo (Zentralverband der Angestellten) ein: Wir wollen den Arbeitsnachweis zu einem wirklichen Arbeitsnachweis machen. Chiffrenanzeigen sollen nicht mehr gestattet werden, sie sind unmoralisch und geben den Arbeitgebern die Möglichkeit, zu erfahren, welche Anknüpfungen sich zu verändern wünschen, um sie dann zu entlassen. Der Antrag auf Einführung des Meldezwanges wird angenommen, der auf Einführung eines Sichtvermerks bei Invertrauten und auf Verbot von Chiffrenanzeigen abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag, daß die Gemeinden ein Drittel der Kosten der Arbeitsnachweise tragen sollen.

In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz in der abgeänderten Fassung gegen eine sehr starke Minderheit angenommen.

Riedel (Transportarbeiterverband) erklärt: Die Arbeitnehmer der freigewerkschaftlichen Organisationen haben gegen das Gesetz gestimmt; hauptsächlich, weil die Angestellten aus dem Gesetz herausgeblieben sind.

Der Bericht des Reparationsausschusses zur Verringerung des Tabaksteuererlasses (Zollherabsetzungen) wird angenommen, ebenso der Antrag der auf strengere Kontrolle der zum Handel an der Börse zugelassenen Personen.

— Zu dem Antrage betr. Sicherstellung der Wirkung des Reichswirtschaftsrates bei künftiger Festlegung der Eisenbahntarife durch Delegationen in die Tarifausschüsse bemerkt Ministerialrat Dr. Mittel, daß diese Mitwirkung durch das Recht, ein volles Drittel der Mitglieder des Reichseisenbahnrates aus Wirtschaftskreisen zu ernennen, bereits völlig sichergestellt sei. — Der Antrag wird angenommen.

Abgelehnte Haftentlassung! Der Weisheitsordnungsausschuß des bayerischen Landtages hat Mittwochabend neuerlich einen Antrag auf Freilassung der in Haft befindlichen Landtagsabgeordneten der USPD. und SPD. abgelehnt.

Prozeß gegen 400 Kommunisten.

Bukarest, 8. Dezember. (L.U.) Dem „Abwerz“ zufolge werden sich in dem bevorstehenden großen Kommunistenprozeß vor einem Militärgericht wegen eines Bombenanschlags im Parlament 400 Personen zu verantworten haben. Die Verhandlung wird zwischen dem 15. und 20. Dezember im Offiziersklub beginnen und ungefähr drei Monate in Anspruch nehmen. Um den täglichen Transport von 400 Personen vom Gefängnis zum Gerichtssaal zu umgehen, werden die Angeklagten in zwei Katernen in der Nähe untergebracht werden. Zur Verteidigung der Angeklagten haben sich bereits 100 Rechtsanwälte gemeldet. Außerdem sind 20 Offiziere zu offiziellen Verteidigern bestimmt worden. Zwanzig angeklagte Kommunisten sollen noch vor Beginn des Prozesses freigelassen werden.

Opportunismus auch in der RPD? Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ ist verboten, da kommt nun an ihrer Stelle ein neues Blättchen. Darin findet man „Aus der Partei“ eine erschütternde Geschichte. Eine Mitgliederversammlung für Groß-Berlin hatte sich auf Antrag des Hauptauschusses mit der Taktik der Partei zu beschäftigen, weil nach Ansicht des Hauptauschusses „in der Partei sich Symptome zeigen, die geeignet sind, die Partei in ein opportunistisches Fahrwasser zu bringen“. Die Mitgliederversammlung beschloß, daß sie solche Symptome nicht entdecken könne, aber der Zentralausschuß soll nach abgerechneten Mitgliederbeiträgen abgestimmt werden. Ist nun Abrechnung und Beitragszahlen „revolutionär“ oder „opportunistisch“?

Disziplinarentwurf gegen Bonfid. Bei der zweiklassigen Verhandlung gegen Geheimrat Bonfid vor dem Reichsdisziplinarhof Leipzig erkannte das Gericht wegen Verstoß gegen § 10 des Reichsbeamtengesetzes auf Vernehmung Bonfid in einen anderen, jedoch gleich hohen Posten unter einmaliger Gehaltskürzung um 3000 Mark.

Alkoholverbot in Deutschland? Der unabhängige Abgeordnete Kunert hat im Reichstage eine Anfrage eingebracht, die sich mit dem Problem des Alkoholverbotes beschäftigt. Er sagt: Staatliche Alkoholverbote üben sehr bemerkenswerte Wirkungen auf die Volksgesundheit aus. In Amerika wurde zunächst ein Kriegsverbot, später ein allgemeines verfassungsmäßiges Verbot erlassen. Ähnliche staatliche Erhebungen stellen die Art der Einwirkung erstmalig fest. Alle diese Erhebungen bestätigen einwandfrei die starke Hebung der Volksgesundheit als Folge des Verbotes. Die Reichsregierung wird deshalb gefragt, ob sie bereit sei, sich das amtliche amerikanische Material zugänglich zu machen und darauf hinzuwirken, daß die deutsche Produktion von Alkohol ausschließlich für medizinische oder technische Zwecke erfolgen darf und ob sie grundsätzlich bereit sei, den Gesetzentwurf eines Alkoholverbotes dem Reichstage vorzulegen.

Beurlaubung des preussischen Gesandten in München. Der preussische Gesandte in München, Ministerialrat Schellen, hat um einen vierwöchigen Urlaub nachgesucht. Ob er danach auf seinen Posten zurückkehren wird, ist nicht bekannt. Bekanntlich ist gegen den preussischen Vertreter in München in einem Teile der Presse der Vorwurf erhoben worden, daß er sich stark eingelegt habe für eine Erweiterung der bayerischen Regierung Versehenfeld durch Einschluß der bayerischen (deutschnationalen) Mittelpartei.

Columbus nennt der Norddeutsche Lloyd den auf der Schickauwerk für seine Rechnung im Bau befindlichen großen Passagier- und Frachtdampfer.

Wirtschaft

Die Kapitalverwässerung bei Schwarzkopff.

Bestern hat die Generalversammlung den Referatabschluss der Berliner Maschinenbau-A.G. vorms L. Schwarzkopff in Berlin genehmigt und gleichzeitig der Kapitalerhöhung zugestimmt, die in Wirklichkeit eine starke Verwässerung des Aktienkapitals darstellt. Die Gesellschaft, die zurzeit mit einem Kapital von 54 Millionen Mark arbeitet, wozu für 36 Millionen Mark Stammaktien und für 18 Millionen Mark Vorzugsaktien waren, hat ihre letzte Kapitalerhöhung gleichfalls unter sehr günstigen Bedingungen am Anfang dieses Jahres vorgenommen und dabei 12 Millionen Mark Stammaktien herausgebracht, die bereits in diesem mit Ende Juni abschließenden Geschäftsjahr voll dividendenberechtigt waren und somit 33 1/2 Proz. Dividende trugen. Für diesen Teil, ein volles Drittel des Aktienkapitals, war also die Dividende rundum 70 Proz! An neuen Aktien werden nur für 36 Millionen Mark Stammaktien herausgebracht, und zwar unter Umwandlung der bisherigen 18 Millionen Mark Vorzugsaktien in Stammaktien. Dieser neue Kapitalwert wird zum überwiegenden Teil den Aktionären bei einem Kurs von 115 Proz. überlassen, so daß auf 4 alte 3 neue Aktien entfallen. Der Börsenwert der alten Aktien wurde am letzten Mittwoch mit 1550 ermittelt, daraus wird ersichtlich, daß die Aktionäre außer der hohen Dividende noch große Gewinne aus dem Bezugsrecht erhalten, die sich auf mehrere 100 Proz. beziffern. Die Kapitalerhöhung erfolgt lediglich, um die hohen Gewinne nicht in Erscheinung treten zu lassen.

Der Vorsitzende begründete die Kapitalerhöhung mit dem weiteren erheblichen Ansteigen des Umsatzes und mit dem Wunsch, die vorhandenen flüssigen Mittel durch die Kosten der in Ausführung begriffenen erheblichen Neubauten nicht zu sehr zu schwächen.

Die Begründung ist nichtsagend; um Mittel zu beschaffen, braucht die Gesellschaft den Aktionären nicht noch mehr zu schenken als sie selbst aus der Kapitalerhöhung erhält. Dagegen scheint dies Unternehmen schon die Dividende für das nächste Jahr bereitliegen zu haben. Ueber die Geschäftslage wurde nämlich mitgeteilt, daß die Gesellschaft bis ins nächste Geschäftsjahr hinein mit Aufträgen voll versehen sei und daß, wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, mit einer befriedigenden Dividende auf das erhöhte Kapital gerechnet werden kann.

Die Gewinnpolitik der Schwarzkopff-A.G. unterscheidet sich wenig von der der meisten anderen Großverdiener. Unter stiller oder offener Billigung der Banken, die im Aufsichtsrat sitzen, werden den Aktionären Riesensummen in die Hände gespielt; es wird eine Art Anreizereklame für Dividendenwerte gemacht, die zur Folge hat, daß alles bewegliche Kapital der Spekulation fließt und daß trotz Gebührensüberschusses Kredite für die Produktion schwer zu haben, langfristige Anleihen für das Reich nicht unterzubringen sind.

Nachdem aber Arbeiter Lohnbewegungen, so wird mit derselben Rücksichtslosigkeit vorgegangen, die die Gewinnpolitik dieser Unternehmungen kennzeichnet.

Die gestrige Verringerung der Mark spiegelte sich in den wichtigsten amtlichen Devisenkursen folgendermaßen: Der Dollar sank von 209 auf 202,79, 100 holländische Gulden ermäßigten sich von 7492,5 auf 7342,65, 1 Pfund Sterling von 859 auf 824, 100 französische Franken von 1586 auf 1523,45 und 100 schweizerische Franken von 4031 auf 3921.

Gewerkschaftsbewegung

Der neue § 14 der Erwerbslosenfürsorge. Ein Schlag gegen die Gewerkschaften.

Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 26. Januar 1920 erhält durch eine neue Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 1. November 1921 (Reichsgesetzblatt 1335) einige Veränderungen. So heißt es jetzt u. a. im § 14, daß einer Arbeitnehmerorganisation die Auszahlung der Erwerbslosenfürsorge und die Kontrolle ihrer Erwerbslosen Mitglieder zusteht, solange sie

1. diesen Erwerbslosen sachungsgemäß eine Erwerbslosenfürsorge (Arbeitslosenfürsorge) gewährt,
2. ausreichende Gewähr dafür bietet, daß die Auszahlung der Unterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen ordnungsgemäß erfolgt.

Den Gewerkschaften soll also fortan die Auszahlung und die Kontrolle für ihre Mitglieder während der Dauer der Arbeitslosigkeit nur überlassen bleiben für die Zeit, während der sie sachungsgemäß aus ihren Mitteln Erwerbslosenfürsorge zahlen. Dadurch verlieren sie die Führung und damit auch den Einfluß auf ihre erwerbslosen Mitglieder. Diese werden sich in das Heer der Unorganisierten verlieren und sind so

den Einflüssen unverantwortlicher Elemente ausgeliefert, um so mehr als viele noch nicht lange Mitglieder der Gewerkschaften sind und ihnen daher die gewerkschaftliche Schulung fehlt.

Der Vorstand des ADGB hat daher auch auf eine Anfrage des Reichsarbeitsministeriums eine ablehnende Haltung zu dieser neuen Fassung eingenommen und auch Vertreter anderer Gewerkschaftsrichtungen haben sich dagegen ausgesprochen. Doch trotz allem wird die neue Verordnung veröffentlicht und muß in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die neue Verordnung auf den Ergebnissen einer eigenartigen Untersuchung fußt. Sogenannte Reichskontrollreue haben im Sommer dieses Jahres die Berliner Erwerbslosenfürsorge „geprüft“ und die Prüfung in einer „Anklageschrift“ zusammengefaßt, die in den Dunkelkammern der Reichsfinanzverwaltung ruhte, bis Berlin eine bürgerliche Mehrheit hatte. Bei der Veröffentlichung über „Das Joch der Danaiden“ in Nr. 545 vom 25. November 1921 im „Tag“ und der Rede des Schriftführers Baeth in der Stadterordnetenversammlung scheint sie bereits benützt worden zu sein. Die Anklageschrift verallgemeinert einige Einzelfälle, die

bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin unermesslich sind. Und auf diese durchaus flüchtige Untersuchung hin scheint diese Verordnung gestützt zu sein. Dagegen müssen sich die Gewerkschaften energig wehren. Glaubt man Anlaß zur Untersuchung zu haben, darf man die gewerkschaftlichen Institutionen dabei nicht ausschalten. Die Gewerkschaften haben eine solche Untersuchung in keiner Weise zu scheuen.

Das Ergebnis jener „Untersuchung“ kann in drei Gesichtspunkte zerlegt werden: Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfürsorge, Kontrolle. Das Urteil über die Arbeitsvermittlung in Berlin beweist den Mangel jeglicher Sachkunde. Wir brauchen hierüber kein Wort zu verlieren. Die Berliner Arbeitsvermittler haben in einer Sitzung diese Anwürfe auf das richtige Maß zurückgeführt.

Für die ungenügende Kontrolle des angegebenen Einzelfalles, für den eine „nationale“ Vereinigung in Frage kommt, sind die freien Gewerkschaften nicht verantwortlich zu machen.

Nicht unwidersprochen darf bleiben, daß nur die freien Gewerkschaften die Auszahlung der 2 1/2 Proz. beanspruchen. Auch die Vertreter der christlichen und hirschkundlichen Gewerkschaften haben im Hauptausschuß diese Forderung unterstützt und ihr zugestimmt. Die Behauptung,

die Gewerkschaften verdienen bei dieser Entschädigung, kann doch nur Heiterkeit erregen. Eine Verhandlung mit den Gewerkschaften hätte die Herren vom Gegenteil überzeugt.

Soweit von den freigewerkschaftlichen Erwerbslosenvertretern die Rede ist, wollen wir feststellen, daß ihr Einfluß in den Kreisen der Arbeitslosen immer mehr wächst und die sogenannten wilden Erwerbslosenträte mehr und mehr in den Hintergrund treten. Die Arbeitslosen erkennen, daß die Berliner Gewerkschaftskommission eine gute Einrichtung geschaffen hat und wenden sich mehr und mehr der freigewerkschaftlichen Vertretung zu. Als Polizeihülfe — wie die Kontrollreue anzunehmen scheinen — ist ihre Tätigkeit allerdings nicht aufzufassen, sondern aus sozialem Verständnis heraus sollen sie ihren Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Besonders wird über das Treiben der „wilden“ Räte geklagt. Gerade der Einfluß dieser Elemente wird durch die neue Fassung des § 14 verstärkt. Der ganz Wilde in Nichtenberg ist ein früherer Baltikum-Offizier, von dem jetzt die Arbeitslosenfürsorge — führt werden.

Wenn darüber geklagt wird, daß zu viel ältere Leute den Arbeitsnachweis belasten, so liegt die Schuld nicht an der Erwerbslosenfürsorge, sondern an dem „sozialen Mitgefühl“ der Unternehmers, die rücksichtslos alle älteren Personen abweisen.

Eine Sitzung von Vertretern sämtlicher freigewerkschaftlichen Organisationen Berlins nahm am 5. Dezember zu der neuen Fassung des § 14 Stellung. Siegte von der Gewerkschaftskommission gab den Vertretern von dem Anklagematerial Kenntnis, das er als unverantwortlich bezeichnete. Soweit Einzelfälle angeführt waren, wurden sie auf ein Nichts zurückgeführt. Das von den Organisationen eingebrachte Material wird der Gewerkschaftskommission schriftlich zugehen. Es wurde eine Kommission gewählt, die bei allen Verbänden die Handhabung der Auszahlung der Erwerbslosenfürsorge prüfen und

ein Gutachten über die Tätigkeit der Erwerbslosenträte abgeben wird. Bei den Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister von Berlin, den Vertretern des Oberpräsidiums und des Preussischen Wohlfahrtsministeriums blieben die von der Gewerkschaftskommission vorgebrachten Gründe nicht ohne Wirkung und man versprach, sich für eine Änderung einzusetzen. Bis dahin soll es bei dem alten Zustand bleiben.

Wir hoffen, daß sich auch das Reichsarbeitsministerium dieser Auffassung anschließen wird. Eine Verordnung, die auf Grund eines so schwachen und sadenscheinigen Materials erfolgt ist, verdient im Drucks zu verschwinden.

Sicherheitspolizisten als Streikbrecher.

Die Arbeiterchaft der Hefefabrik und Kornbrennereibremerei W. u. W. Müller, Berlin, Budower Str. 7/8, befindet sich seit einigen Tagen im Zustand. Der Streik ist dadurch entstanden, daß die bestrickte Firma es ablehnt, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin — der den Arbeitern Wochenlöhne von 425 bis 445 M. und den Frauen 340 M. zugesprochen hat — anzuerkennen. Die Haltung der Streikenden ist vorzüglich und wird auch nicht dadurch beeinflusst, daß die auf dem Fabrikgrundstück stationierten Sipobeamten Streikbrecherdienste leisten, indem sie beim Beladen und Entladen der Wagen Streikarbeit verrichten. Uns drängt sich die Frage auf, ob dem Herrn Polizeipräsidenten Richter bekannt ist, daß die seinem Kommando unterstellten „Ordnern“ sich als Streikbrecher betätigen? Wir fragen weiter, wann endlich hört der Unfug auf, daß in Berlin die Sipolente andauernd sich derart in die Lohnkämpfe einmischen und den im Kampf für ihre gerechten Lohnforderungen streikenden Arbeitern in den Rücken fallen?

Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

Am 4. Dezember wurde die Generalversammlung fortgesetzt. Der 1. Bevollmächtigte Reimann gab den Bericht von der letzten Versammlung. In der Diskussion erklärten sich fast alle Redner mit den Beschlüssen des Beirats einverstanden. Nach diesen Beschlüssen betragen die wöchentlichen Beiträge ab 1. Woche 1922 für Männer 7 M., für Frauen 4,50 M. mit Lokalzuschlag. Ein Antrag, der regelmäßige einheitliche Mitgliedererwerbungen für Groß-Berlin verlangt, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, weil in den allmonatlich stattfindenden Bezirksversammlungen besser als in einer Versammlung für das gesamte Zahlstellengebiet die Aussprache über das Verbandsleben möglich ist. Einige Anträge, die für bestimmte Fälle (Beitragserhöhungen usw.) Urabstimmung verlangten, wurden als durch das Ortsstatut erledigt erklärt. Ueber das Thema „Industrierverbände“ soll in den nächsten Bezirks- und Brandenburger Versammlungen einheitlich referiert werden.

Ausgeschlossen wegen Verbandschädigung und unkollegialen Verhaltens (§ 14 Abs. 3 des Verbandsstatuts) wurde der Gummiarbeiter Daskar Beyer, Zwingerstr. 11. Ueber einer Resolution des Bezirks Weihenau, die sich gegen den Entwurf der Schlichtungsordnung, des Arbeitszeit- und Arbeitsnachweisgesetzes in der vorliegenden Fassung ausspricht, wurde eine Resolution angenommen bezüglich der Freilassung aller politischen Gefangenen, sowie eine weitere Entschädigung, laut der die Generalversammlung sich mit aller Entschiedenheit hinter die Steuerforderung des ADGB stellt und diese als Mindestprogramm bezeichnet, um die deutsche Arbeiterschaft vor weiterer Verelendung und Deutschland vor Verarmung zu schützen. Von den sozialistischen Parteien wird verlangt, daß sie sich die Forderungen des ADGB zu eigen machen und für deren Durchführung mit aller Macht eintreten.

Eine Niederlage der SPD.

Von einem Parteigenossen im Verbande der Kupferschmiede wird uns berichtet:

In der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 6. Dezember sollte anlässlich der Neuwahl der Ortsverwaltung auch unsere Organisation in das Fahrwasser der Moskauer Internationale gebracht werden. Die Verwirklichung ihrer Pläne ist den Moskauer jedoch nicht gelungen. Von den bisherigen vier Vorstandsmitgliedern behielten die Kommunisten nur noch eins, und dies auch nur durch eine Zufallsmehrheit von fünf Stimmen. Der örtliche Vorstand setzt sich zusammen aus fünf SPD., vier USPD. und einem KPD-Kollegen.

Einstimmig wurde beschlossen, den Lokalbeitrag um 1 M. zu erhöhen und mit dem um 1,50 M. erhöhten Beitrag der Hauptkassette durch Einheitsmarken von 7,50 M. zu quittieren. Für die inवालiden Kollegen wurden je 100 M. aus der Lokalkasse bewilligt, außerdem sollen für sie Listenansammlungen vorgenommen werden.

werden. Nach einem Referat des Kollegen Fleischmann über die Zentralisation der Gewerkschaftsbibliotheken wurde diese einstimmig gutgeheißen.

Zum Streik der Schulreinigungsfrauen.

Ende September wurde vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine Verhandlung mit dem Magistrat gepflogen, um auch die Schulreinigungsfrauen im-Berlin genau so wie die der Bororrie unter den Tarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu stellen. Die Verhandlung führte dazu, daß die Schuldeputation sich diesen Anträge anschloß. Der Magistrat lehnte aber den Antrag ab und machte einen Gegenvorschlag, den Schulreinigungsfrauen 3 M. pro Stunde zu zahlen und dafür die Schulen der Bororrie aus dem Tarifverträge herauszunehmen, so daß eine einheitliche Regelung vorhanden wäre. Auf dieser Basis war jedoch eine Einigung nicht möglich. Die Frauen beharren weiter auf ihrem Standpunkt, daß sie dem Tarifverträge der Gemeindefrauen unterstellt werden, und sind nun, da die Verhandlungen sich zu weit hinauszuziehen, teilweise seit Sonnabend in den Streik getreten.

Dieser Streik hat natürlich für die Kinder, die diese Schulklassen besuchen, gesundheitliche Nachteile zur Folge, zumal während dieses Regenwetters, wo der Schmutz in ungeheuren Mengen in die Schulen hineingetragen wird und liegen bleibt, da ihn niemand befreit. Streikbrecherinnen finden sich für diese Löhne, die der Magistrat Berlin zahlt, nicht.

Es wird nun Sache der Elternbeiräte sein, auf den Magistrat dahin einzuwirken, daß er die Frauen tarifmäßig einloht.

Zum „Roihschrei der Feuerwehrbeamten“.

Der „Vorwärts“ brachte in Nr. 565 am 30. November eine Zuschrift über einen „Roihschrei der Feuerwehrbeamten“, deren zweiter Absatz mit folgendem Satz begann: „Den Bemühungen der Verwaltungsbeamten gelang es, die Berufsfeuerwehrmänner in die Gruppen 3 und 4 der Reichsbesoldungsordnung herabzudrücken.“

Daraufhin kommt uns jetzt der in jenem „Roihschrei“ mit keinem Wort erwähnte Verband der Kommunalbeamten mit einer Verichtigung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes. Wir entnehmen seinem Schreiben, daß er die Einreihung der Feuerwehrmänner in Gruppe 6 gefordert hat, was auch aus dem uns übermittelten gedruckten Antrag hervorgeht, den der Verband dem Magistrat unterm 30. April 1921 unterbreitet hat. Sollte der Vorwurf dem „Kombi“ gemacht worden sein, würde er als hinfällig erwiesen sein.

Rußland- und Georgienhilfe!

Bei der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend gingen ferner folgende Beiträge in Markt ein:

- Verband der Bäcker und Konditoren 3000, Verband der Köpfer 633, Deutscher Eisenbahner-Verband 18 000, Firma J. A. Lohs in Rosenhagen 500, Verband der Maler und Dekorierer 1442, Belegschaft der Firma Rüppel u. Crep 200, Verband reichsdeutscher Tischlinge 274, Verband der Kupferschmiede dort 200, Verband reichsdeutscher Tischlinge 274, Verband der Kupferschmiede dort 200, Bezirk Blauen der USPD, 5000, Deutscher Arbeiter-Verband durch Verband der Fabrikarbeiter 1111, Besoldungsausschuß der Firma Gutmann durch Röhrl 2000, H. Kohlen 30, Gemeindefürsorge, Grünhof-Telerverband (Lauenburg) 100, Deutscher Metallarbeiter-Verband 80 000, Verband der graphischen Hilfsarbeiter 4000, Verband der Hotel-Restaurant-Angestellten 1500, Firma A. Koppin durch Arbeitgeber 50, Verband der Schiffbauarbeiter 175, Gemeindefürsorge, Verband der Hauswirtschafterinnen 24, Verband der Sattler und Ledergesellen 7113, 50, Deutscher Transportarbeiter-Verband 12 000, Verband der Zimmerer 600, von Genossen des Christlichen Wohltätigkeits-Vereins „Hilff der Arbeiter“ in Berlin 1025, Carlo, Berlin, 10, von einem Genossen aus Amerika (1 Dollar) 100, 50, vom Bezirksverband der USPD, 225, 60, Deutscher Bauarbeiter-Verband 3295, Konzepts-Verband des freien Männerchors Potsdam 721, 50, C. C. 3000, Verband der graphischen Hilfsarbeiter 124, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, A. Kote, 9000, Deutscher Transportarbeiter-Verband 1800, Verband der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten 200, Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer 10 000, S. S. u. M. 218 183 Mark; bereits kultiviert 1 700 262, 45 M., Gesamtsammter: 2 988 454, 45 M., Die Sammelstellen 63, 140, 400, 360, 1500, 2000, 3725, 4307, 4212, 4670, 4802, 4904, 5200, 5210, 5402, 5074, 5202, 5207, 5208, 8009, 8542 bis 8547, 9400, 9400, 9600, 9618, 9994, 12 416, 12 402, 14 098, 14 264 und 14 300 sind verloren gegangen; wir bitten, diese anzuhalten und im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelauer 24-25, I. Zimmer 12-13, abzugeben.

Gelder durch die Post sind an die Adresse Hans Fitzweger, Berlin GO. 16, Engelauer 24-25, zu richten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Zerklünderung) Handelsflottenarbeiter, -arbeiterinnen, Küsterinnen aus den Vertrieben der Holz-, Wirt-, Stein-, Putzwaren, Tische, Spigen, Teppiche, Möbelstoffe usw. Heute nahm 73 Uhr, Schulaula Neue Friedrichstraße (hinten der Garfinkelsche), Anfangs rechts III, Gruppen-Versammlung.

Eine Weihnachtsspendenkollektion im Gewerkschaftshaus veranstaltet die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend vom 11. bis 24. Dezember im Saal 1-3 in der Zeit von 10-7 Uhr. Kugelstift sind Bücher, Spielwaren und Lebkuchen. Nur gute Sachen kommen zur Ausstellung und können zu billigen Preisen in der Ausstellung gekauft werden. Der Zweck dieser Einichtung ist, der Schuldeputation und sonstigem Mißbrauch zu vorbeugen.

Berantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, Quart 1, Verlag.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf mehrwels
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gebräuderstr. 20-21.

A. Wertheim

Feine Tafel-Margarine Pf. 27 M

<p>Gemüse</p> <p>Kohlrüben gelbe . . . Pfund 45 Pf.</p> <p>Weißkohl Pfund 1 30</p> <p>Wirsingkohl Pfund 1 40</p> <p>Rotkohl Pfund 1 70</p> <p>Mohrrüben Pfund 80 Pf.</p> <p>Rübchen Pfund 70 Pf.</p> <p>Sellerie Pfund 90 Pf. u. 2 25</p> <p>Zwiebeln Pfund 1 25 u. 1 50</p> <p>Grünkohl Pfund 70 Pf.</p> <p>Zitronen gelbe Stück 1 10</p>	<p>Bratgänse . . . Pfund 17 M</p> <p>Gänsefleisch . . . Pfund 15 M</p> <p>Gänsekeulen . . . Pfund 21 M</p> <p>Gänseklein mit Magen Pfund 23 M</p> <p>Tauben große . . . Stück 8 50</p> <p>Bratschollen Pfund 2 40</p> <p>Seelachs ohne Kopf, ganze Pfund 4 40</p> <p>Goldbarse ohne Kopf Pfund 4 40</p> <p>Kabeljau ohne Kopf, ganze Pfund 5 30</p> <p>Rotzungen große . . Pfund 5 40</p>	<p>Hasen starke, ohne Fell 59 M</p> <p>Hirschfleisch . . . Pfund 9 M</p> <p>Hirschblatt Pfund 14 M</p> <p>Hirschrücken . . . Pfund 15 M</p> <p>Rehblätler Pfund 15 M</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0;"> <p style="text-align: center; font-size: 1.2em;">Lebende Schleie</p> <p style="text-align: center; font-size: 0.8em;">(Portionsfische)</p> <p style="text-align: center; font-size: 1.5em;">Pfund 14 M</p> </div>	<p>Camembert Schachtel 6 75</p> <p>Kräuterkäse Stück 3 M</p> <p>Kochkäse Pfund 12 M</p> <p>Romatourkäse . . . Stück 11 80</p> <p>Holländerkäse . . . Pfund 19 50</p> <p>Fludern pommersche große Pfund 7 50</p> <p>Schellfische ger. . . Pfund 7 50</p> <p>Sprotibücklinge Pfund 9 M</p> <p>Sprotten pommersche Pfund 11 20</p> <p>Bratheringe 4 Liter-Dose 55 M</p>	<p>Wurstwaren</p> <p>Zwiebelleberwurst Pf. 18 M</p> <p>Rotwurst Pfund 18 M</p> <p>Sülzwurst Pfund 18 M</p> <p>Pastetenleberw. . . Pfund 22 M</p> <p>Landleberwurst . . Pfund 22 M</p> <p>Jagdwurst Pfund 25 M</p> <p>Mausschinken . . . Stück ca. 1 Pf. 32 M</p> <p>Pökelfleisch gekocht, Stück ca. 1 Pf. 32 M</p> <p>Kolonialwaren</p> <p>Weizenmehl 65 Prozent, Pf. 5 75</p> <p>Auszugsmehl Pfund 6 50</p> <p>Getrockn. Voll-Ei Pf. 35 M</p> <p>Getrockn. Eigelb Pf. 28 M</p> <p>Spirituosen</p> <p>Jam.-Rum-Verschn. 44 M</p> <p>Jam.-Rum-Verschn. extra 50 M</p> <p>Jamaika-Rum Konsument Stärke 78 M</p> <p>Batavia-Arrak-Verschn. 68 M</p> <p>Weinbrand-Verschn. 42 M</p> <p>Deutscher Weinbrand . 54 M</p> <p>Preise für Pasche einschl. Steuer u. Flasche, Flaschen werden mit 1,- M zurückgenommen.</p>
---	---	--	--	---

Im Erfrischungsraum ab 11 Uhr: **Marzipan-Kranzkuchen 7 M**

Die Stadtverordneten zum Streik der Werkangestellten

Der Magistrat zwischen zwei Feuern.

In der Stadtverordnetenversammlung gab es gestern sehr gründliche Auseinandersetzungen über den Streik der Werkangestellten, der Berlin in der vorigen Woche so unangenehm überraschte. Zwei Magistratsvorlagen über Lohn- und Befoldungsfragen standen auf der Tagesordnung, eine über Erhöhung der Löhne für Arbeiter und der Vergütungen für nichtständigen Angestellte und eine andere über die im Zusammenhang mit dem Streik getroffenen Gehaltsvereinbarungen zwischen dem Magistrat und den Verbänden der Werkangestellten. Die Debatte eröffneten die Debatte mit einem Angriff gegen den Magistrat, der nach ihrer Meinung — „zuviel Entgegenkommen“ gezeigt habe. Die linke Seite war der gegenteiligen Ansicht und warf dem Magistrat vor, daß durch seine anfängliche Unnachgiebigkeit der Streik verschuldet worden sei. Genosse Haß, der für die sozialdemokratische Fraktion sprach, wandte sich scharf gegen die von der rechten Seite gepredigte Gewaltpolitik. Er bedauerte, daß der Magistrat in diesem Punkt anscheinend schon unter dem Einfluß der sogenannten „Mehrheit“ der Stadtverordnetenversammlung gestanden habe. Unser Redner forderte, daß künftig der Magistrat vorher die Sachlage genügend prüft und beizzeiten die notwendigen Zugeständnisse macht. In der weiteren Debatte kam es zu einem heftigen Zusammenstoß des an den Verhandlungen mit den Werkangestellten beteiligten gewesenen Stadtrats Schlichting mit der rechten Seite des Hauses. Ein Versuch der Deutschnationalen, die Vorlagen in einen Ausschuß hineinzuschleppen, mißlang. Beide Vorlagen wurden angenommen. Mit den drei Fraktionen der Linken stimmten für die Lohnvorlage auch Zentrum und Demokraten, für die Gehaltsvorlage nur noch das Zentrum.

Sitzungsbericht.

Vorsteher Dr. Caspary eröffnet die Sitzung um 5 1/4 Uhr. Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten und der Unabhängigen, der angeht die Anwesenheit der Zahl auf der Flucht erschossener Häftlinge die sofortige Aufhebung des Schleierlasses verlangt, stößt bei der Rechten auf Widerspruch. Ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, der u. a. zur Unterstützung der Rentenempfänger, Arbeitslosen usw. als Notstandsmassnahme gegen die zunehmende Teuerung und gegen die Unbilden des Winters die sofortige Bewilligung von 100 Millionen Mark fordert, die nach vor Bericht nach der Anweisung gelangen sollen, wird vom Vorsteher zur Berlesung gebracht. Die Berlesung unterbrechend, wendet sich der Vorsteher zu dem hinter ihm stehenden Stadtv. Dr. Rosenberg (Komm.) mit der Aufforderung, ihn nicht zu führen und die Präsidialestrade zu verlassen. Dr. Rosenberg ignoriert diese Aufforderung, auch deren Wiederholung, worauf der Vorsteher feststellt, daß Herr Dr. Rosenberg trotz der Aufforderung sich der Ordnung des Hauses nicht fügt. — Nach Beendigung der Berlesung des umfangreichen Antrages teilt der Vorsteher noch mit, daß die Antragsteller auf Begründung verzichteten wollen, wenn der Antrag an einen Ausschuß verwiesen wird. — Gegen die Dringlichkeit erfolgt Widerspruch aus den Reihen der Rechten. (Großer Lärm bei den Kommunisten. — Rawrocki ruft: Bodenlose Frechheit! — Der Vorsteher ruft ihn für diesen Jurus zur Ordnung. — Schumacher nimmt den Jurus auf und wird ebenfalls zur Ordnung gerufen.) — Der Widerspruch wird zurückgezogen. Schumacher ruft: Dann nehme ich auch den Jurus zurück!

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet der Vorsteher namens sämtlicher Fraktionen eine Erklärung an den Magistrat, die Versammlung

nicht mit Dringlichkeitsvorlagen zu überhäufem, womit die Arbeit der Versammlung nur gefördert und erschwert werde. Bürgermeister Ritter gibt dem lebhaften Bedauern des Magistrats über diesen durchaus unerwünschten Zustand Ausdruck; der Magistrat sei aber daran nicht schuld, sondern die Macht der Tatsachen. Es werde nach Möglichkeit Sorge dafür getragen werden, dem Wunsche der Versammlung nachzukommen.

Kolonisten aus Welschmerz

Von Wilhelm Rhenius.

W: aber kriechen verstimmt in unsere Palmhütte, um uns umzugehen. Beim Leeren der Taschen kommen dreizehn leere Patronenhüllen zum Vorschein. Der Doktor sieht auf die dreizehn Hüllen. „Ein Unglückstag,“ sagt er dumpf. „Ein Unglückstag,“ echoet draußen Frau Luisa, „es fehlt eine Henne.“

„Bleiben dreizehn,“ bemerkt ich. „Was für ein Datum haben wir heute?“ fragt mich der Doktor belläufig, mit seinen Schuhen beschäftigt.

„Der Dreizehnte,“ sagte ich kalt lächelnd. „Natürlich der Dreizehnte,“ ruft er höhl auflachend, mit einem unheimlichen Blick und klatscht seine nassen Alparpatas in die Erde.

7. Der erste Fieberfall.

14. September: Pedro schlägt vor, daß wir den Hühnerstall, zu dem er das nötige Material schon beschafft, nach seinen Angaben herstellen, damit er ans Wohnhaus gehen kann. Uns kommt es vor, als hätte er die Sache schon über und möchte baldmöglichst aus dem Walde heraus. Er geht mit der Axt fort, um passendes Holz für Pfosten usw. zu suchen, und wir hanteln an dem Hühnerstall herum. Der Doktor klagt über Kopfschmerzen. Ein heftiger Schüttelfrost zwingt ihn bald, die Arbeit einzustellen und in seine Kasse zu kriechen. Frau Luisa ist sehr besorgt, wickelt ihn in Decken und ich verabsolge ihm auf seinen Wunsch eine kräftige Dosis Chinin. Er wünscht, daß ich mich selbstwegen nicht von der Arbeit abhalten lasse, und ich gehe wieder daran. Aber die rechte Stimmung fehlt. Ich sehe noch vor mir Frau Luisa, die einst so seltsame kleine Frau, wie sie am Lager ihres liebernden Gatten sitzt und sich mit ihrer ärmlichen Schürze zumellen verflochten die Augen wischt, und mir wird das Herz schwer.

Bald darauf kommt Pedro, um meine Hilfe zu verlangen, die Hölzer heranzuschleppen. Erzähle von Dotters Erkrankung, worauf er mit ominösem Kopfschütteln „Ayuda“ sagt. Er geht zu dem Kranken hin, spricht ihm Mut zu und rät ihm allerlei, von dem ich weiß, daß der Doktor es nie und nimmer befolgen wird. Er hat seine Theorie und würde unter Umständen freudig für sie oder an ihr zugrunde gehen.

Kunmehr erstattet Merlen (Dem.) den Ausschussbericht über die Wahlprüfung und die Verteilung der auf der Stadtblatte gewählten Mitglieder auf die Bezirksversammlungen. Die Wahlen sind sämtlich für gültig erklärt worden.

Stadtv. Biffing (D. Vp.) hat seinen Antrag, dem Bezirk Berlin-Mitte zugeteilt zu werden, zurückgezogen. — Von Dr. Michaele (Dem.) ist beantragt, den Magistrat aufzufordern, die Wahllisten sorgfältiger herstellen zu lassen und den Wählern eine Wahlkarte als Legitimation zu behändigen.

Stadtv. Böhm (Soz.): Wir stimmen dem Ausschusse hinsichtlich der Gültigkeit der Wahlen und auch wegen der Zuteilung insoweit zu, als sie nach dem Wohnsitz erfolgt ist. Auch den Ausschussvorschlügen bezüglich der Zuteilung der Stadtv. Busch, Dittmann und Werten treten wir bei. Anders liegt

der Fall des Herrn Koch.

(Zuruf: Ist zurückgezogen!) Dann kann ich mir weiteres ersparen. § 15 des Gesetzes Groß-Berlin enthält nach unserer Auffassung eine Lücke, insofern er für die Zuteilung im wesentlichen nur den Wohnsitz als Kriterium ausstellt.

Die weitere sehr ausgedehnte und lebhafteste Erörterung des Gegenstandes geht mit andauernd ungemein lebendig geführten Privatunterhaltungen im Saale einher, so daß die Verhandlung auf den Pflagen der Berichterstattung nur in Bruchstücken zum Verständnis gelangt.

Koch (Dnat.) erklärt, im Interesse des allgemeinen Hausfriedens seinen Antrag auf Zuteilung zu Berlin-Mitte zurückzuziehen. Er beantragt jetzt seine Zuteilung zum Bezirk Kreuzberg. (Unruhe und Lachen bei den Kommunisten. — Ruf: Ausgeschlossen!)

Nach weiterer Debatte werden in der Abstimmung die Wahlen für gültig erklärt und sodann die Ausschussvorschlüge angenommen, wonach Busch (Wohnsitz im Bezirk II) nach Bezirk XX, Dittmann (Wohnsitz in XII) nach IX, Bieten (Wohnsitz in VI) nach I übernommen werden. Der Beschluß bezüglich Dittmanns wird mit 107 gegen 103 Stimmen gefaßt. Der Antrag Koch wird unter stürmischer Heiterkeit abgelehnt.

Koch bleibt im Wohnbezirk.

Leber den Antrag Michaele wird nach dem Antrag Böhm beschloffen.

Es geht ein Dringlichkeitsantrag Gabel-Wenl ein, der die sofortige Rehabilitierung des Stadtrats Stoll fordert. In dem Antrag ist das Schreiben des Herrn v. Eynern an den Oberpräsidenten vom 7. Oktober als „von Unwahrheiten strotzend“ charakterisiert; der Vorsteher hält diesen Ausdruck für lediglich objektiv gemeint, da er sonst im Interesse der Ordnung dagegen einschreiten müßte. — Auch dieser Antrag scheitert für heute an dem von rechts erhobenen Widerspruch.

Dr. Rosenbergs (Komm.) legt Protest gegen die schulmeisterliche Geschäftsführung des Vorstehers ein. Er habe sich zu Anfang der Sitzung lediglich beim Schriftführer zum Wort gemeldet.

Zu längerer Erörterung führt die Vorlage, in der der Magistrat die Mittel zur Beschaffung von 500 Pritschen für das Obdach erbittet. — Die Kommunisten verlangen, daß sofort 1500 Pritschen angekauft werden, und werden von Dr. Wenzl (U. Soz.) und Krüger (Soz.) unterstützt, während Koch (Dnat.) über die Vorlage nicht hinausgehen will. Es wird die Bewilligung des Betrages für 1500 Pritschen beschloffen.

Hierauf werden die Vorlagen wegen

Erhöhung der Löhne der Arbeiter usw.

für Dezember 1921 und wegen der mit den Werkangestellten getroffenen Vereinbarung in gemeinsamer Beratung genommen.

Fabian (Dnat.): Der Magistrat hat uns hier, wie schon am 28. November, vor vollendete Tatsachen gestellt. Das System der Nachbewilligungen bürgert sich mehr und mehr ein. Redner kritisiert dann das Verhalten der Betriebsräte, die an der Sanierung der städtischen Finanzen nicht mitarbeiten wollen, und fragt, wie der Magistrat über die Deckungsfrage denkt. Die Vorlagen müßten in einem Ausschuss gründlich geprüft werden. Die Wirtschaft dürfe ja planlos wie bisher nicht weitergehen.

Hausberg (Dem.): Deckungsvorschläge hat der Magistrat sofort zu machen. Der Arbeitervorlage stimmen wir zu; die Angestelltenvorlage bedarf ernstlicher Erörterung im Ausschuss. Die Stilllegung der Straßenbahn, das Versagen der Beleuchtung, haben Millionen Unbeteiligter schwer geschädigt und die Allgemeinheit hart

Ich schlepe dann mit Pedro das Bauholz, was mich halbrot macht, und sehe dann wieder nach dem Doktor.

Er hat jetzt große Hitze und redet ganz tolles Zeug. Bittet mich im Fieberwahn, ihm für fünfzig Pfennig doppelkohlensaures Natron aus der nächsten Apotheke zu holen und seinen Kollegen Pennemann und Rübtsiel zu sagen, daß er diesen Abend nicht zum Stal kommen kann.

Frau Luisa schluchzt gerade heraus und ich gehe, mich meines Auftrages zu entledigen. Da ich ruhelos bin, trotz meiner milden Glieder, gehe ich in den Waldschlag hinaus. Es ist beinahe Mittag, die einsamste Stunde an dem einsamsten, weltverlorensten Plage. Eine bleierne Stille lastet auf allem, kein Vogelruf — nichts.

Während ich so in dem von der grellen Mittagssonne beschienenen Waldschlage sitze, mit einem gefällten, angekohlten, phantastisch geformten Baumriesen, da denke ich mir, wie schön es doch wäre, wenn ein jovialer Apotheker gleich über dem Bach drüben wohnte und die Herren Pennemann und Rübtsiel Arm in Arm aus dem Waldesschatten hervorträten. Nachdenklich gehe ich zurück, um Pedro bei seinem Mittagsmahl Gesellschaft zu leisten. Nachmittags baue ich an dem Hühnerstall weiter und helfe dazwischen als Handlanger mit am Haus.

Der Doktor ist gegen Abend ohne Fieber, aber sehr matt. Ich vermisse drei weitere Hühner, begrabe aber diese Entscheidung in meinem Busen.

8. Maispflanzen. — Ein Sonntag. — Und die Hühner?

15. September. Der Doktor ist wieder auf den Beinen und geht Mais pflanzen. Pedro rät ihm, einen zugespitzten Stod zu benutzen, um Pflanzlöcher zu machen; aber jener schüttelt den Kopf und nimmt die Hacke. Er ärgert sich mit Wurzeln und Baumstümpfen entleert herum und richtet die Hacke bis zu, aber er bekommt doch schließlich den Mais unter die Erde.

Am Abend ist das Haus im Gerttpe fertig, bis auf die Wände, und der Hühnerstall steht als windstichtes, halbvollendetes Kunstwerk da. Es fehlen wieder Hühner. Frau Luisa findet es aus und ist verzweifelt. Es bleiben nur noch sechs. Setzen sie in ihren Transportkästen ein. —

16. September. Sonntag. Pedro ist heute in aller Frühe mit unserem Kahnstromob gefahren, um das an irgendeiner Stelle schon bereitlegende Dachstroh zu holen. Der Doktor

betroffen. (Andauernde stürmische Gegenreden bei den Kommunisten und auf der Tribüne.)

Haß (Soz.): Die Kritik an der Fülle der Dringlichkeitsvorlagen ist an sich nicht unbedeutend; es ist aber auch zu beachten, daß der Magistrat heute nicht durchweg so verfahren kann wie in ruhigen, geordneten Zeiten. Der Arbeitervorlage, dem S. Lohnarif, stimmen wir zu. Deckungsvorschläge alsbald zu machen, war dem Magistrat unmöglich; sind doch schon alle Quellen ausgeschöpft und bleibt schließlich nur die obermalige Erhöhung der Tarife übrig. Den ständigen Ausschuss, den Kollege Fabian vorschlägt, lehnen wir ab. Wir begrüßen, daß der Magistrat den Schiedspruch angenommen hat. Die Rechte besteht auf ihrem Schein bezüglich der Deckung, immer nur dann, wenn Arbeiter in Frage stehen, nicht aber bei Gehaltserhöhungen für die Beamten. — Wir müssen

aus der Aera der Schiedsprüche und des Ultimatus heraus.

Die Angestelltenvorlage braucht keine Ausschussberatung; was dazu zu sagen ist, kann hier gesagt werden. Wir geben nicht für alles, was zu beanstanden ist, die Schuld dem Magistrat. Die erste unheilvolle Wirkung ist vom Kommunalbeamtenverband ausgegangen, und der Magistrat hat sich von den Bertoldirektoren leiten lassen. Der Abschluß des Tarifvertrages hat fast neun Monate gedauert; da marschiert selbst der Krähwinkler Landsturm nicht so langsam. Nach dem Streikbeschluss ist der Magistrat umgefallen; er hätte vorher sich gründlicher orientieren und keine Stellungnahme überlegen sollen. Will man die städtischen Betriebe wirtschaftlich gehalten, will man die Angestellten nicht an die Industrie verlieren, so muß man ihnen das Gehalt geben, auf das sie Anspruch haben. Wir hatten bei den letzten Ereignissen die Empfindung, daß auch im Magistrat nicht alles gestimmt hat; auch will es uns beinahe scheinen, als ob hier die Rechte zum erstenmal ihre neue Macht in die Waagschale warf und so die elavistische Urheberin des Streikes wurde. (Unruhe rechts.) Erstens: derweil ist in der Magistrat schließlich wieder zur Bestimmung gekommen. Grundfalsch werden wir auf das Streikrecht auch der Angestellten und Beamten nicht verzichten. — Wir müssen den Organisationen bezeugen, daß sie die ganzen Monate seit April eine

große Langmut und Gelassenheit

bewiesen haben. — Von einem Aufgeben des Achtstundentages im Prinzip kann keine Rede sein. — Vor Ausschussberatung warnen wir. Sie könnten damit die Urheber eines neuen Streiks werden. (Große Unruhe rechts.) Nicht die Starke Hand gibt es zu zeigen, sondern einen kühlen Kopf! (Beifall bei den Soz.)

Bublich (U. Soz.): Wir sind dafür, daß beide Vorlagen noch heute verabschiedet werden. Redner polemisiert gegen den Magistrat.

Stadtrat Schlichting gibt eine ausführliche und eingehende Darlegung des Heranges der Verhandlungen mit den Angestellten.

Es sprechen weiter Tesche (U. Soz.) Koslowski (Komm.), der in scharfer Weise die Forderung erhebt, die Vorlagen beide zu erledigen und die Angestellten in den Genuss ihrer Zulagen usw. zu setzen, Dr. Reumann (D. Vp.), der dem Magistrat vorwirft, ständig vor den Angestellten und ihrer Streikdrohung zurückgewichen zu sein, und der auf Ausschussberatung besteht. Alle diese Reden werden von den Besuchern auf der Tribüne mit den tempoerfüllten Ausbrüchen begleitet.

Einen neuen Sturm

ruft Dr. Reumann hervor, als er abermals hervorhebt, Stadtrat Schlichting habe als Interessent, als Vorhändler des Verbandes der Maschinen- und Heizer, das erhöhte Mitgliederbewußtsein empfinden müssen, daß er als Vorgesetzter nicht den Magistrat in den Verhandlungen vertreten dürfe.

Stadtrat Schlichting tritt dem Dr. Reumann entgegen. Becker (Z.) hält Ausschussberatung für überflüssig und wendet sich gegen den Magistrat.

Ein Schlußantrag wird unter heftigem Protest des Stadtv. Kunze über die Rundtötung der deutschsozialen Partei und unter stürmischer Heiterkeit der übrigen Versammlung gegen 10 Uhr angenommen.

Fabian (persönlich): Wer schämst, hat immer ein schlechtes Gewissen. (Lärm links. — Ruf: Wo bleibt der Vorsteher?)

Der Antrag auf Ausschussberatung beider Vorlagen wird abgelehnt; mit der gesamten Linken stimmt auch das Zentrum. Die Arbeiterlohavorlage wird mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag Fabian auf Ausschussberatung der Angestelltenvorlage und einstweilige Verzögerung wird mit 106 gegen 98 Stimmen abgelehnt; gegen ihn stimmen die gesamte Linke und das Zentrum. Die Vorlage gelangt mit 107 gegen 94 Stimmen zur Annahme. (Stürmischer Beifall der Mehrheit, die sich genau wie bei der vorigen Abstimmung zusammensetzt.)

Schluss: 11 Uhr.

fühlt sich nicht recht wohl und Frau Luisa sieht ihn besorgt an. Es geht auch richtig wieder mit ihm los. Repetition von vorgeföhren. Ich muß Pedro heute in Beforgung der Pferde vertreten. Die armen Tiere sind irgendwo am Waldbrand angebunden, wo sie am Röhrdicht knabbern können. Sie stehen jetzt mit hängenden Köpfen da. Das unsere ist besonders traumverloren und trübsinnig. Kein Wunder! Sie müssen sich am Tage von Stochfliegen und nachts von Fledermäusen das Blut abzapfen lassen und haben zuviel Zeit, an ihre schöne Kampfeimat zu denken. Ich gebe ihnen ihre Ration Palmblätter und sehe mich hin, ihnen zuzusehen. Aus purer Dammeweile denke ich über einen Namen für unser Pferd nach und beschließe, daß es Terminus heißen soll. Dann gehe ich nach Hause und verlaue, mit Frau Luisa durch Mateerinken über den Rest des Tages hinwegzubeifen.

Ein trostloser Sonntag! Nichts, das einen daran erinnert, als ein Abreißkalender. Aber, wenn dieser eines Tages nicht mehr bedient werden wird, was ich mit einem leichten Schauer voraussehe, bleibe ich als Tagebuchführer die einzige Autorität. Sollte auch ich versagen, so erscheint mir unser fernerer Lebensweg wie jene monotone, endlose Papertalce, von der ein verzweifelter Wanderer singt:

Rechts sind Bäume, links sind Bäume und dazwischen Zwischenräume.

17. September. Der Doktor ist wieder munter, was er zunächst dadurch bestätigt, daß er die sorgfältig eingeferkerten Hühner losläßt. Wir arbeiten am Hühnerstall weiter. Erwarten Pedro am Nachmittage mit dem Dachstroh. Frau Luisa hat schlimme Fröhe, geschwürige Stellen, die nicht heilen wollen. Auch bei mir fängt dieses Leiden an.

Pedro kommt mit dem Stroh und wir schaffen es bündelweise heran. Dann hilft uns jener, den unseligen Hühnerstall zu Ende zu führen. Am Abend ist er endlich fertig. Als wir nach eingebrochener Dunkelheit die Hühner auf ihrem Schlafplatz einfangen wollen, um sie in ihr neues Logis zu stecken, ist bloß der Godel da. Alles andere ist in den Rügen der Tigertagen oder Gott weiß wo verschwunden. Wir sehen den Hahn in sein einsames Schloß und wissen nicht recht, ob wir ihn oder uns mehr bedauern sollen. Die Träume von Eierluchen und Bachhähnel zerflattern und Frau Luisa weint herzbrechend.

(Fortf. folgt.)

Groß-Berlin

„Mensch, lerne laufen!“

So ruft der „Pol-Anz.“ seinen Lesern zu, damit sie der staatlichen und kommunalen Tariffschraube ein Schnippchen schlagen. Jeder müsse sich selbst gegenüber zum Kochzuber verpflichtet sein, wo und wie er nur irgend eine Straßenbahnfahrt vermeiden und ernstlich alle Vorzüge des Gehens üben kann.

Habt ihr aber schon einmal darüber nachgedacht, worin die Vorzüge des Laufens über weite Strecken heute bestehen? Was man durch tägliches stundenlanges Laufen nach und von der Arbeitsstelle erspart und dadurch den öffentlichen Einnahmen entzieht, wird sicher zum größten Teil für Stiefelreparaturen aufgewogen. Die meisten Angehörigen der arbeitenden Klassen besitzen aber nur ein Paar Stiefel, mit dem sie deshalb ganz besonders hauswirtschafterisch umgehen müssen. Trotzdem könnten die Scherl-Leute von 5 Uhr morgens an viele Tausende von Arbeitern und Angestellten beobachten, die seit Jahr und Tag gewohnheitsmäßig laufen, weil sie dabei immer noch etwas ersparen. Die Mehrzahl der Werktätigen hat aber nach und von den Vorzügen sehr weite Arbeitswege, die unmöglich jeden Tag zu Fuß zurückgelegt werden können.

Eine andere wichtige Frage ist im Verkehrsleben der Großstadt die Zeitersparnis. Hier muß gerade heute der Grundsatz gelten: Ruhe jede Minute zu deinem Vorteil aus! Es wäre also im Geschäftsleben einfach Unfuss und Selbstschädigung, viel zu laufen und ein paar Mark zu „sparen“, wenn man in der durch Fahren gewonnenen Zeit das Zehnfache verdienen kann. Wer allerdings aus reiner Faulheit von einer Straßenecke zur anderen fährt, wie man das noch sehr sieht, hat kein Recht, sich über hohe Fahrpreise zu beklagen. Dieses Klagerrecht hat auch der „Pol-Anz.“ nicht, weil er zu den lautesten Rufem nach Deckung gehet und noch keinen Weg aufgezeigt hat, den Lauf der Ereignisse zu hemmen.

Liebe und Dolch.

Zwei Eiferjuchstragödien vor Gericht.

Das Thema von der gekränkten Liebe, die nur durch Blut ihre Sühne findet, wird von neuem durch zwei Mordtaten illustriert, die gestern vor Berliner Gerichten zur Aburteilung standen.

Ein auf offener Straße verübtes Dolchattentat eines verheirateten Liebhabers lag einer Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung zugrunde, die den Kaufmann Georg H. vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führte. — Der Angeklagte hatte vor längerer Zeit die bei einer Kriegsgesellschaft als Stenotypistin angestellte Gertrud L. kennengelernt. Bei ihm, als einem von allen Seiten als sehr ideal veranlagten Menschen, wurde die erwachende Liebe zu der L. sehr bald zu einer unbeherrschbaren großen Leidenschaft, aus der er für ihn kein Zurück mehr gab. Diese Gefühle schienen jedoch von der L. nicht geteilt zu werden, der es mehr auf eine oberflächliche Liebeslei und den damit verbundenen Vergnügungen ankam. Am 10. Oktober traf der Eiferjuchende die L. auf der Straße, nachdem er mehrere Tage vergeblich auf sie gewartet hatte. Als die L. nur schnippische Antworten für ihn hatte, wachte ihn die Wut. In einem Zustande fast sinnloser Raserei stürzte er auf die Heißgeliebte zu und stieß ihr ein langes Dolchmesser in den Rücken. Während die L. mit gellendem Aufschrei zusammenbrach, brachte sich H. selbst mehrere gefährliche Stiche bei, um dann ebenfalls bewusstlos zusammenzubringen. Das Gericht erkannte trotz der Schwere der an Vorderstich grenzenden Tat nur auf 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 6 Wochen der Untersuchungshaft. Dagegen wurde der Haftentlassungsantrag mit der Begründung abgelehnt, daß der Angeklagte offenbar von seiner „Liebesraserei“ noch nicht geheilt sei.

Ein an die aufsehenerregenden Urteile französischer Schwurgerichte in Liebesstragödien erinnerndes Urteil wurde in dem Prozeß gegen die Wirtschaftlerin Lina Sommer gefällt. Diese war, wie bereits mitgeteilt, beschuldigt, ihren Liebhaber, den 52jährigen Kaufmann Fritz Köhler, mit dem sie 18 Jahre lang ein Liebesverhältnis gehabt hatte, auf offener Straße erschossen zu haben, weil er sie hatte „hissen lassen“. Auf Grund der von den Rechtsanwälten Bahn und Dr. Wisloch gestellten Beweisangebote, die dahin gingen, daß die S. die Tat in einem Zustande augenblicklicher Geistesverwirrung begangen hatte, verneinte die Geschworenen die auf Mord lautenden Schuldfragen. Als das auf Freisprechung lautende Urteil verkündet wurde, erkante, wie in einem Theater, aus dem Zuhörerraum lautes Bravorufen und handklatschen, was von dem Vorsitzenden ernstlich gerügt wurde.

Die Gasversorgung nicht gefährdet.

Zu den alarmierenden Meldungen über die Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß infolge mangelnder Zufuhren die Kohlenvorräte der Werke in den letzten Tagen zwar erheblich vermindert worden sind, daß aber von einer wirklichen Gefahr für die Gasversorgung Berlins nicht gesprochen werden kann. Fast alle Berliner Gaswerke besitzen zurzeit einen Kohlenvorrat für zirka sechs Tage, der im Bedarfsfalle noch gestreckt werden kann. Mit diesen Vorräten ist die Lage der städtischen Gaswerke noch bedeutend günstiger als in derselben Zeit des Vorjahres. Im übrigen hat man aus den Erfahrungen der letzten Zeit gelernt und ist bei den meisten Werken zur Errichtung von Anlagen zur Herstellung von Wassergas geschritten, das in bringendem Notfall ausnahmsweise zur Verwendung gelangen kann. Es wird aber damit gerechnet, daß sich die Kohlenversorgung der Werke bereits in den nächsten Tagen erheblich bessern wird, da der Witterungsumschlag die Heranziehung der Flußschiffe zur Entlastung der Eisenbahn ermöglicht. Bei den städtischen Elektrizitätswerken ist die Lage ungleich günstiger, einmal infolge ihrer Umstellung auf Braunkohlefeuerung, dann aber auch infolge der Befestigung Berlins durch Fernstrom von Golpa-Zhornowitz und von Trautendorf.

Noch Zucker zum alten Preis.

Der Magistrat gibt bekannt: Auf Grund von § 9 der Verordnung des Magistrats Berlin vom 11. April 1917 über die Aus-

gabe und Entnahme von Zucker wird für das Gebiet der Bezirke 1-6 der Stadt Berlin bestimmt: Der vom Preussischen Bundeszuckeramt noch nachträglich zur Verfügung gestellte Zucker alter Ernte ist auf Grund unserer Bekanntmachung vom 20. April 1921 zu den bisherigen Preisen von je Pfund 3,85, 4., 4,10 M. nach Maßgabe folgender Bestimmungen auszugeben: Es sind für Kinder im ersten, zweiten und dritten Lebensjahre gegen Vorlegung der für diese Kinder ausgegebenen Dezember-Richtkarten, die durch „AI“, „AII“ oder „B1“ gekennzeichnet sind, je zwei Pfund Zucker abzugeben. Zur Kontrolle der Aus-

Stadt- und Bezirksverordnete, Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder!

Montag, den 12. Dezember, abends 6 Uhr, findet im Berliner Rathaus (Stadtverordnetenhaus), eine Versammlung sämtlicher SPD-Stadtvorordneten und Bezirksverordneten sowie der Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder statt.

Tagesordnung: Unsere Stellung in der Berliner Kommunalpolitik. — Referent: Genosse Hugo Heilmann.

Die Mitglieder des Bezirksvorstandes nehmen an der Versammlung teil und sind hiermit eingeladen. Bezirkssekretariat.

gabe hat der zum Verkauf zugelassene Kleinhändler aus dem Kopffuß der Richtkarte derjenigen Teil herauszuschneiden, der die Bezeichnung „AI“, „AII“ oder „B1“ trägt. Diese Abschnitte sind aufzubewahren und dem Großhändler in derselben Weise zu übergeben, wie es bisher mit den Abschnitten der Zuckerarten geschehen ist. Derjenige Händler, der Zucker zur Ausgabe erhält, ist verpflichtet, auf die bezeichneten Richtkarten Zucker auszugeben, ohne Rücksicht darauf, ob das Kind bisher mit der Hauptzuckerkarte bei ihm eingetragener war. Wegen der geringen zur Verteilung kommenden Menge können nur einige Händler mit der Ausgabe beauftragt werden. Die zugelassenen Händler sind verpflichtet, die Ankunft des Zuckers durch ein deutlich sichtbares Plakat bekanntzugeben.

Das Verbrechen am Engelbecken.

Der Chemann der Ermordeten verhaftet.

Zu dem Verbrechen am Engelbecken an der Frau Nägelein aus Glienke wird berichtet, daß der Chemann, der Eisenbahnarbeiter Karl Nägelein in Glienke, vorgelesen unter dem dringenden Verdacht, seine Frau ins Wasser geworfen zu haben, verhaftet wurde. Nägelein bestritt die Tat noch ganz entschieden. Zeugen befanden, daß er wiederholt geäußert habe, daß er froh wäre, wenn er seine Kiste los werden würde. Er selbst führte einen fieberhaften Lebenswandel, was seine Frau veranlaßt hatte, sich von ihm zu trennen. Nägelein gibt an, daß seine Frau schon früher Selbstmordversuche unternommen habe. Das bestritt jedoch wieder deren Angehörige. Bis zur weiteren Aufklärung bleibt der Verhaftete im Polizeigewahrsam.

Der Mord in der Wielandstraße.

Der Raubmord an dem Kaufmann Alexander in der Wielandstraße hat trotz eifriger Nachforschungen der Kriminalpolizei noch keine Klärung gefunden. Im Laufe des gestrigen Tages und in der Nacht wurden große Streifen in dieser Lokale veranlaßt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Täter mit dem Namen Hansich H., der für den greisen Alexander die Pakete frischschaffen sollte. Ein Zeuge hat angegeben, daß er den Ermordeten noch um 6 Uhr nachmittags mit drei jungen Leuten in der Wielandstraße gesehen habe. Die Nachprüfungen dieser Angaben haben jedoch ergeben, daß diese Befundung nicht stimmen kann. Alexander hatte in einer Speisewirtschaft in der Großmannstraße zu Mittag gegessen und ist dann gegen 3 Uhr nach Hause gegangen. Unterwegs hat er dann den Mann getroffen, der ihn umgebracht und beraubt hat. Die Nachforschungen sind um so schwieriger, als keine Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, wo und wann Alexander den Mann mit dem Tirolerhut und den Wildgamsohren getroffen hat. Unter Hinweis auf die Belohnung von 10000 Mark werden alle Personen, die zweckdienliche Angaben machen können, ersucht, sich bei Kriminalkommissar Gennat im Berliner Polizeipräsidium zu melden.

Kranke hoffnungsfähig. Mag Klante, der Begründer des Klantenzentrums, soll demnächst aus der Untersuchungshaft entlassen werden, da er nach dem Gutachten des Geh. Rats Prof. Dr. Klempner und des Gerichtsarztes Dr. S. Hirsch schwer lungenleidend ist und eine Aufrechterhaltung der Haft sein Leben gefährden würde.

Gegen die Kalkemmen des Westens wird jetzt mit aller Energie vorgegangen. Nachdem erst kürzlich den betreffenden Lokalen ein Polizeibefehl ergolten hatte, hob in der Nacht zum Donnerstag die Streifenmannschaft B1 des Berliner Polizeipräsidiums unter Führung des Kriminalassistenten Brumme wieder einige dieser Schlupfwinkel aus. In der Ansbacher und Bagreuther Straße wurden zirka 40 Personen festgenommen und zur Sichtung ihrer Papiere dem Polizeipräsidium zugeführt. Zum Schluß stattete man noch der Reibel-Diele einen Besuch ab, deren Ofen ebenfalls den Weg zum Polizeipräsidium antreten mußten. Insgesamt nahm man 53 Personen fest, von denen 15 hinter Schloß und Riegel gesetzt wurden.

Eine Weihnachtsfeier für die Adignougefangenen findet am Sonntag, den 12. Dezember, um 10 Uhr 30 im Festsaal des Reichstages, veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft der Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener. Ernst Friedrich und Theodor Voß, die Kampfliteraturrecherler werden diese erste Feier vorübernehmen. Als Redner werden ebenfalls genannt: Reichstagspräsident Lohse, Erwin Baranitzki und Kurt Grogmann. Zur Deckung der Unkosten werden Programme ausgeben.

Im Deutschen Theater. Schumannfrage, gelangen am Sonntag, den 11. Dezember, nachmittags 7 1/2 Uhr, „Die deutschen Kleinrentner“ von Kogelne zur Aufführung. Eintrittskarten zum Einzelpreis von 7 M. sind im Bureau des Betriebsverbandes, SW 68, Lindenstr. 3, Zimmer 11, zu haben. — Eine Weihnachtsausstellung mit Verkauf von alten Büchern, Gesellschaftsspielen, Musikinstrumenten und Sportartikeln findet am Sonntag, den 11. Dezember, in der Zeit von morgens 10 Uhr bis abends 5 Uhr, im Jugendheim, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof 3. Et. links, statt.

Deutsche Reichsbahnverwaltung. Freitag abend spricht nicht Frau Bohm-Schuch, sondern Partner Dietz über Bismarck's Band (Vergesamt des Rathauses, Köpenickerstr.).

Der Wintergarten hat sein Dezemberprogramm fast ausschließlich mit guten artistischen Darbietungen angefüllt. Besonders sind darunter: Der Bühnenspieler des Georg de Brun-Loos, der mit außerordentlicher Sicherheit am leichten Red sehr schwierige Kombinationen zeigt; die in Berlin nicht unbekanntem Marfanis mit ihrem hervorragenden Kräftepaar und der Hochseilart der Geschwister Birkelander, das größte Gleichgewicht in mehrheitlich schwebelnder Höhe aufgeführt. Wollers Gisdären bilden derzeit eine wohlbedeutendste Gruppe, die sich widerstandsfähig zu allen Dressurübungen verhalten läßt. Die zwei Reamons bleiben auch hier bei den Reiten im Reiten und Walter Cariton zeigen eine gut angelegte akrobatische Grotteske, die allerdings noch in dastellender Hinsicht vervollkommen werden könnte. Ein Lausforderer des Programms genügt diesmal sechs Holländerinnen (die singen auch) und die etwas schadenhafte Gertrude Berliner in einem Tanzspiel „Katiola bis Jazz“.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Heute, Freitag, den 9. Dezember:

1. Kreis, Friedrichshagen. Elternbeirat: 7 Uhr Fortsetzung der Versammlung der drei sozialistischen Parteien in der Schule Petersburger Str. 4. Aufbau der Geschäftsordnung.
2. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
3. Kreis, Wedding. 4 Uhr erweiterte Kreiserversammlung mit den Abteilungsleitungen der Kreise. 6. Tagesordnung: Stellungnahme zur Besetzung des Bezirksamtes. — 7 Uhr Sitzung der Ortsrats der Parteien bei Kreise, Prenzlauer Berg.
4. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
5. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
6. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
7. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
8. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
9. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
10. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
11. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
12. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
13. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
14. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
15. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
16. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
17. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
18. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
19. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
20. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
21. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
22. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
23. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
24. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
25. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
26. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
27. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
28. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
29. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
30. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
31. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
32. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
33. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
34. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
35. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
36. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
37. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
38. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
39. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
40. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
41. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
42. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
43. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
44. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
45. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
46. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
47. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
48. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
49. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
50. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
51. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
52. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
53. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
54. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
55. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
56. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
57. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
58. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
59. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
60. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
61. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
62. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
63. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
64. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
65. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
66. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
67. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
68. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
69. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
70. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
71. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
72. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
73. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
74. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
75. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
76. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
77. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
78. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
79. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
80. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
81. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
82. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
83. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
84. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
85. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
86. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
87. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
88. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
89. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
90. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
91. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
92. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
93. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
94. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
95. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
96. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
97. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
98. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
99. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
100. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.

Morgen, Sonnabend, den 10. Dezember:

1. Kreis, Wedding. 4 Uhr erweiterte Kreiserversammlung mit den Abteilungsleitungen der Kreise. 6. Tagesordnung: Stellungnahme zur Besetzung des Bezirksamtes. — 7 Uhr Sitzung der Ortsrats der Parteien bei Kreise, Prenzlauer Berg.
2. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
3. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
4. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
5. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
6. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
7. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
8. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
9. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
10. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
11. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
12. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
13. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
14. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
15. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
16. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
17. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
18. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
19. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
20. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
21. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
22. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
23. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
24. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
25. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
26. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
27. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
28. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
29. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
30. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
31. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
32. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
33. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
34. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
35. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
36. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
37. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
38. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
39. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
40. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
41. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
42. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
43. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
44. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
45. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
46. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
47. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
48. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
49. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
50. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
51. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
52. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
53. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
54. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
55. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
56. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
57. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
58. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
59. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
60. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
61. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
62. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
63. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
64. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
65. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
66. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
67. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
68. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
69. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
70. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
71. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
72. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
73. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
74. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
75. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
76. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
77. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
78. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
79. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
80. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
81. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
82. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
83. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher, 6. Bischofsstr.
84. Kreis, Prenzlauer Berg. Die Ausgabe der Gleichheit erfolgt bis Sonnabend im Hotel Winger, Großgörscher,

Arbeiterport.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin (Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes). Freitag: Sitzung der Frauenturnmatten, Docturnerinnen und Teilnehmer der Bundesfeier, 7 1/2 Uhr Riederwallstr. 12. - Sonnabend: Aufgenommen der Welterturner, Turnhalle Schöneberg, 7 1/2 Uhr. - Sonntag: Vereins-Docturnerübung Riederwallstr. 12, 7 Uhr. - Besatz Koblenz: Sonntag: Gefährlicher Abend in Kombers Hoffen, 6 Uhr.

Arbeiter-Redaktion-Bund „Solidarität“. Touren für Sonntag, den 11. Dezember: 1. Wkt. Großberren; Start 1 Uhr Bülowstr. 10. - 2. Wkt. Großberren; Start 1 Uhr Wilmersp. 63, Ecke Wilmersp. - 3. Wkt. Besichtigung des Bau- und Verkehrsmuseums; Treffpunkt 12 Uhr Hauptingang Invalidenstr. - 4. Wkt. Besichtigung des Bau- und Verkehrsmuseums; Treffpunkt 10 Uhr Birchowstr. 6. - 5. Wkt. Besichtigung des Bau- und Verkehrsmuseums; Treffpunkt 10 Uhr Birchowstr. 6. - 6. Wkt. Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung Frauenhofstr. 12; Treffpunkt 10 Uhr Frauenhofstr. 12. - 7. Wkt. Waldmannsplatz (Eberhard); Start 1 Uhr Schulstr. 114. - 8. Wkt. Fährweg; Start 1 Uhr Corneliushof; Startpunkt 10 Uhr Corneliushof. - 9. Wkt. Fährweg; Start 1 Uhr Corneliushof; Startpunkt 10 Uhr Corneliushof. - 10. Wkt. Fährweg; Start 1 Uhr Corneliushof; Startpunkt 10 Uhr Corneliushof. - 11. Wkt. Fährweg; Start 1 Uhr Corneliushof; Startpunkt 10 Uhr Corneliushof. - 12. Wkt. Fährweg; Start 1 Uhr Corneliushof; Startpunkt 10 Uhr Corneliushof.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Sonntag, den 11. Dezember: Reinigung für Religion und Bitterleben und Der Elternbund für die weltliche Schule. Nachmittags 5 Uhr in Stieglitz-Gymnasium Besprechung, Welterturner mit musikalischen Darbietungen. Uffnerer Meier spricht über: „Friede auf Erden“. Arbeiter-Gesamter-Kolonne Berlin, G. T. (Wkt. 4. Bst.) Form. 1610 Uhr in der Schule hinter der Corpulentische, Zimmer 11. Vortrag. Weiter bis Sonnabend mittags. Fortdauern mild und meist bedingt mit Regenfällen bei mäßigen westlichen Winden.

Edelster deutscher Weinbrand

Scharlachberg Meisterbrand

Weinbrennerei Scharlachberg G.m.b.H., Bingen a. Rhein

Vertreter: Carl H. Bitzenhofer, Berlin W.50, Fürtherstr. 3. Fernspr. Amt Umland 524.

Theater, Lustspiele usw.

Opernhaus Der Zauberer Bajazi 7 1/2 Uhr
Schauspielhaus Peer Gynt 7 1/2 Uhr
Deutsch. Theat. 7 1/2 Uhr
Kammerspiele 8 Uhr
Gr.Schauspielh. 7 Uhr
Theater l. d. Königgrätz. Str. 7 Uhr
Komödienhaus 7.30 Uhr
Berliner Theat. Täglich 7.30 Uhr
Prinzessin Olala
Fritzl Massary a.o.
Residenz-Theat Täglich 7 1/2 Uhr
Das weiße Land
Trianon-Theat. Täglich 7 1/2 Uhr
Kümmere Dich um Amelie!
Kleines Theater Täglich 7 1/2 Uhr
Jaqueline
Theater d. Ostens (Ross-Theater) 7 1/2 Uhr
Biederleute
D. Mädchen v. Elizondo
Schüllersaal 8 Uhr
Plaut
WINTERGARTEN Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet

Komische 7 1/2 Oper 7 1/2
Die große Revue
Der Herr der Welt
Keine Bühne der Welt bietet solche Prachtausstatt. u. Nam. berühmte Darstell.
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Gura
Wilh. Harstein
Franz Groß
P. Westermeyer
L. Werkmeister
75 Damen-Ballett!
Vorverkauf ununterbrochen
Theat. a. Kottb. Tor
Elite-Sänger
Apollo-Theater
Die Sensation
Frau Luna
Griqolatis-Luft-Ballett
50 Damen-Ballett!
Admirals-Palast

CIRCUS BUSCH
Katharina die Große.
Passage-Theater
Die Sünde der Adrienne Bernard
FOLIES CAPRICE
Die Dame im Bett
SCALA
BIL
Der Roman eines Dienstmädchens
Frau Luna
Griqolatis-Luft-Ballett
50 Damen-Ballett!
Sylvester Schäffer

Kabaret
Fettgänse, Gänsefleisch, Gänsekeul.
Große Hasen!
O. Elsholz
Everth & Mittelmann
Bankgeschäft
Pfandscheine
Silber (Bruch) Platin
Zahnggebisse
70 Jahren
Möbel
Platin-Gold-Silberbruch
Zahnggebisse
Spezialarzt Dr. med. Damman's Heilanstalt
Zähne von 8 an 15 M.

Was
Möbel
Anzüge
Bamen-Konfektion
Möbel
A. DAMITT
Rosenthaler Str. 46-47.

Was
Möbel
Anzüge
Bamen-Konfektion
Möbel
A. DAMITT
Rosenthaler Str. 46-47.

Frish
aus unserer Fabrik
Berlin Pichelsdorf
Cobu
Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F.A. Jssersiedt A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf
Generalvertretung: Franz Jos. Gfrörer
5 TAG ZUR PROBE
Garderobe
25 M. wöchentliche Teilzahlung
Herren-Anzüge und Ulster
Anzüge u. Paletots
Herren- und Burschen
Stolzmann
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a
Jackett-Anzüge, Cutaways, Schiüpfier
nur aus
stollen, Reihhaar und Leinen-Verarbeitung, solange Vorrat
reicht zu unglücklich bill. Preisen. Gelegenheitsk. l. Pelzwaren.
Goldmann, Alexandrinenstr. 44 II, Ecke Kommandantenstr.

